



„STADT AM MEER“ von Filiz Cifci Acryl/Papier 2009
Atelier amos www.diakonie-wohnstaetten.de

LWV konkret

ZEITSCHRIFT DES LANDESWOHLFAHRTSVERBANDES HESSEN
AUSGABE 01.09

EINBLICKE

Ein Hotel in zentraler Lage in Frankfurt und ein Integrationsprojekt: Hoffmanns Höfe beschäftigen überwiegend schwerbehinderte Menschen. **SEITE 12**

VITOS

Komasaufen ist eine Grenzerfahrung mit möglichen Spätfolgen: Bei etwa zehn Prozent der Jugendlichen entwickelt sich ein Suchtproblem. **SEITE 20**

MENSCHEN

Der LWV ist eine Behörde mit menschlichem Gesicht: Christiane Müller hat Tadeusz Rippka bei seiner Reise in die Kindheit begleitet. **SEITE 24**



Zwanzig Jahre im Betreuten Wohnen

EIN GEFÜHL VON FREIHEIT

Gerhard Gäckler und Rosemarie Korneck gehören zu den Ersten, die den Schritt in die eigenen vier Wände gewagt haben.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist ein Zusammenschluss der Landkreise und kreisfreien Städte, dem soziale Aufgaben übertragen wurden.

LWVHessen

- Er unterstützt behinderte, psychisch kranke und sozial benachteiligte Menschen in ihrem Alltag und im Beruf.
- Er betreut Kriegsbeschädigte, deren Angehörige und Hinterbliebene.
- Er ist Träger von Förderschulen und Frühförderstellen.
- Er ist Alleingesellschafter der Vitos GmbH, die einen wesentlichen Teil der psychiatrischen Versorgung in Hessen sicherstellt.

www.lwv-hessen.de

Liebe Leserinnen und Leser,



Uwe Brückmann

Ich freue mich, Ihnen heute unsere neue Zeitschrift präsentieren zu können. LWVkonkret ist der Nachfolger des LWV-Info und wird künftig viermal pro Jahr erscheinen. Sie werden feststellen: Äußerlich hat sich manches geändert. Ein neuer Name, größere Fotos, mehr Farbe. Unser Ziel ist dasselbe: Wir wollen Sie über unsere Arbeit informieren. Wir wollen zeigen, wie vielfältig unsere Aufgaben und die Angebote sind, die wir gemeinsam mit den Leistungserbringern vor Ort bereithalten. Wir wollen Einblicke geben in den Alltag unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, unserer Klientinnen und Klienten. Unser Magazin richtet sich an Außenstehende, aber auch an die Beschäftigten aus dem eigenen Haus.

Gleichzeitig mit der neuen Zeitschrift stellen wir Ihnen unsere neue Wortbildmarke (Logo) vor – ein äußeres Zeichen für den inneren Veränderungsprozess der letzten Jahre. Die Verwaltungsreform hat Wirkung gezeigt. Neue Strukturen, gestraffte Verwaltungsabläufe, bedarfsorientierter Personaleinsatz sowie computergestützte Steuerung und Controlling haben unseren Verband zukunftsfähig gemacht. Mit neuen Projekten versuchen wir, den Bedürfnissen unserer Klienten noch besser gerecht zu werden. Zum Beispiel mit der „Personenzentrierten Steuerung der Eingliederungshilfe in Hessen (PerSEH)“. Nach einem Praxistest in Wiesbaden (wir berichteten in der Sonderausgabe des LWV-Info 2008) sind nun Modellversuche in zwei Landkreisen angelaufen. Wir werden Sie im nächsten Heft darüber informieren.

Es gibt weitere wichtige Neuerungen: Seit diesem Jahr ist der LWV für alle Belange behinderter Menschen rund um das Betreute Wohnen zuständig. Dazu finden Sie mehr in unserem Schwerpunkt. Und: Alle Einrichtungen des bisherigen LWV-Gesundheitsmanagements werden jetzt unter dem einheitlichen Markennamen Vitos geführt. Allem übergeordnet steht die Vitos GmbH als strategische Managementholding, unter ihr firmieren zwölf gemeinnützige Tochtergesellschaften mit ihren Kliniken, Heilpädagogischen Einrichtungen und den begleitenden psychiatrischen Diensten. Auch hierzu finden Sie nähere Informationen im Heft.

Die Veränderungs- und Modernisierungsprozesse sollen sichtbar werden in der neuen Wortbildmarke. Und der neuen Zeitschrift. Ich komme damit auch dem Wunsch vieler LWV-Abgeordneter und Mitarbeiter/innen nach. Sie haben sich gewünscht, dass es wieder ein Medium gibt. Nicht nur im Internet, sondern klassisch, auf Papier. Ich freue mich darüber und lade Sie herzlich zum Lesen ein.

Uwe Brückmann
Landesdirektor des LWV und Aufsichtsratsvorsitzender der Vitos GmbH



04



04 SCHWERPUNKT

Vor 23 Jahren entstand das Betreute Wohnen. Eine Vereinbarung des LWV mit den kommunalen Spitzenverbänden und der Liga der Freien Wohlfahrtspflege ebnete den Weg. Die neue Wohnform hat das Leben von Gerhard Gäckler und Rosemarie Korneck verändert.

12



14



08 PARLAMENT

Die Verbandsversammlung des LWV hat die Eckwerte für den Haushalt 2010 beschlossen. Zugleich fordern die Abgeordneten eine neue Finanzierungsgrundlage für die Eingliederungshilfe.

12 EINBLICKE

Hoffmanns Höfe sind ein Hotelbetrieb, in dem sich auch die Beschäftigten wohl fühlen. Vielleicht liegt es am besonderen Konzept: Das Frankfurter Hotel ist ein Integrationsprojekt.

19



14 WISSENSWERT

Meldungen rund um den LWV und das Leben von Menschen mit Behinderung

19 VITOS

Die LWV-Gesundheitsmanagement GmbH hat einen neuen Namen: Vitos. In dieser Rubrik stellen wir Ihnen regelmäßig Arbeitsschwerpunkte der Vitos-Einrichtungen vor. In dieser Ausgabe: Komasaufen bei Jugendlichen und Behandlungsansätze

24 MENSCHEN

Josef Tadeusz Rippka ist 58 und weiß so gut wie gar nichts über seine Kindheit. Christiane Müller vom LWV hat ihm bei der Spurensuche geholfen.

26 WER? WO? WAS?

Veranstaltungshinweise und Personalien rund um den LWV

IMPRESSUM

LWVkonkret. Zeitschrift des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen

Herausgeber:
Landeswohlfahrtsverband Hessen
Öffentlichkeitsarbeit
Ständeplatz 6 - 10, 34117 Kassel
Tel.: 0561 1004 - 2213 / 2368 / 2536
Fax: 0561 1004 - 2640
pressestelle@lww-hessen.de
www.lww-hessen.de

Redaktion:
Elke Bockhorst (ebo) (verantw.)
Jörg Daniel (jda)
Rose-Marie von Krauss (rvk)

Redaktionsmitarbeit:
Monika Brauns (mbr)

Satz:
Trawny/Quass von Deyen
Konzeption + Design, Köln

Druck:
Grafische Werkstatt von 1980 GmbH,
Kassel

Redaktionsschluss: 1. August 2009

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 1. Oktober 2009

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Texte dieser Zeitschrift – auch Auszüge – dürfen nur unter Angabe der genauen Quelle und gegen Übersendung eines Belegexemplars genutzt werden.

LWVkonkret finden Sie unter www.lww-hessen.de auch im Internet.

Fotos: privat, Rolf K. Wegst, Nadine Heese, Irene Graefe / Foto Titelseite: Rolf K. Wegst

MARBURG. Ihr Stammplatz ist das abgewetzte graue Sofa vor den kleinen Plüschfiguren. Gerhard Gäckler (71) zieht an seiner Pfeife und schaut aus dem Fenster der kleinen Sozialwohnung auf dem Marburger Richtsberg. Neben ihm sitzt seine Lebensgefährtin Rosemarie Korneck (68) und stickt bunte Häuschen auf eine Leinentasche.

„Jetzt haben wir immer Ausgang“

Auf den ersten Blick lebt das Paar wie viele andere bescheidene Rentner auch. Doch die beiden haben etwas vollbracht, von dem Claus Solbach, Geschäftsführer der Sozialen Hilfe in Marburg, nur mit großer Hochachtung spricht. „Eigentlich ist das ein Wunder“, sagt er zu ihrer „Riesenleistung“: 20 Jahre ist es her, dass ihnen der Auszug aus der Psychiatrie gelang. Und seitdem sind sie nie wieder eingewiesen worden.

25 JAHRE IN DER PSYCHIATRIE

„Das ist, als wenn ein Lehrling einen Wolkenkratzer bauen wollte“, sagte Gerhard Gäckler damals. Die Ärzte waren dagegen. Die Sozialarbeiter waren skeptisch. Schließlich war Gäckler damals schon 50 Jahre alt, hatte aber sein halbes Leben in der Psychiatrie verbracht. Deshalb gehörte er auch nicht zu den allerersten Langzeitpatienten des Psychiatrischen Krankenhauses Marburg (heute: Vitos Klinikum Marburg), die in den 80er Jahren den Sprung in die Freiheit wagten.

Mehr als 25 Jahre hat Gäckler im Psychiatrischen Krankenhaus gelebt, wo er sich als Gärtner sogar eine kleine Rente erarbeitete. Schon als Elfjähriger wurde er erstmals stationär behandelt. Wegen Konzentrationsproblemen und Spannungszuständen, die ersten Anzeichen der später diagnostizierten Schizophrenie. Die „alte Psychiatrie“ mit Elektroschocks hat er am eigenen Leib erfahren. „Dann kam ein neuer Professor, der das Schocken abgeschafft

hat“, erzählt Gäckler. Als die ersten chronisch psychisch Kranken auszogen, meldete er sich gleich. Und „Rosi“, seine Freundin, wollte er natürlich mitnehmen.

Das Paar sitzt auf dem Sofa und erzählt verschmitzt, wie sie sich kennen gelernt haben. „Erst sind wir mal einen Kaffee trinken gegangen“, sagt Rosemarie Korneck. „Dann habe ich ihn immer auf der Station besucht.“ Die geistig behinderte Frau, die früher an Epilepsie litt, hat ihre Mutter schon als Kind verloren. Nach Jahren in verschiedenen Behindertenheimen landete sie 1957 im Psychiatrischen Krankenhaus. „Sie sah gut aus“, sagt Gerhard Gäckler lächelnd. Ohne sie konnte er sich ein Leben in der Freiheit nicht vorstellen.

DIE ANFANGSPHASE WAR HOLPRIG

Mit Möbeln vom Sperrmüll zogen sie in die kleine Wohnung im fünften Stock des Sozialbaus am Marburger Richtsberg. An die Tür hat Rosemarie Korneck einen kleinen Teddybären geklebt. Die ganze Wohnung hat sie mit den kleinen Tierfiguren und Nippes übersät: Plüschhasen und Plastikrehe, Wackel-Tiger und Miniaturautos, Püppchen und Kunstblumen zieren Fensterbretter und Regale. Gerhard Gäckler hat nichts dagegen. Schließlich interessiert er sich sehr für Tiere.

Die Anfangsphase war holprig, erinnert sich Claus Solbach. Das Paar musste lernen, zur Bank zu gehen, einzukaufen und zu kochen. Gutbürgerlichen

Foto: Rolf K. Wegst



Maßstäben entspreche ihr Leben bis heute nicht, räumt der Sozialpädagoge ein: „Aber die beiden sind stabil.“

In der Tat kocht Gerhard Gäckler unter der Woche fast immer aus der Dose: In der Küche stehen Konserven mit Ravioli, Lauch-Gemüse-Suppe, Gulasch und Kartoffelgemüse. Nur am Wochenende gibt es aufwändigeres Essen: Schnitzel mit Pilzsoße, Kartoffeln und Erbsen gehört zu seinen Lieblingsgerichten. Die Küche ist sein Revier.

Aber ohne die Betreuung durch die Soziale Hilfe, die vom Landeswohlfahrtsverband finanziert wird, würde ihr Leben nicht funktionieren: Neben der gesetzlichen Betreuerin schaut Psychologin Barbara Höfler zweimal in der Woche nach dem Rechten. Sie sorgt dafür, dass die beiden gründlich Staub saugen und putzen. Sie hilft beim Getränkekauf und organisiert kleine Ausflüge. „Zwischendurch

Das ist, als wenn ein Lehrling einen Wolkenkratzer bauen wollte.

GERHARD GÄCKLER, SEIT 1989 IM BETREUTEN WOHNEN



habe ich einmal gedacht, dass meine Besuche gar nicht mehr so nötig sind“, erzählt die Psychologin. Aber dann fiel die Heizung im Winter aus. Und als Höfler drei Tage später in die bitter kalte Wohnung kam, hatten es die beiden nicht geschafft, die Soziale Hilfe zu alarmieren.

Gerhard Gäckler und Rosemarie Korneck haben einen klaren Wochenrhythmus: Jeden Freitag bekommt er seine Depotspritze. Montags und freitags

HANDARBEITEN: Nach einem Glätteunfall musste Rosemarie Korneck ihre Arbeit in der Wäscherei der Lebenshilfe aufgeben. Seitdem hat sie viel Zeit für ihre Hobbys.



holen sie sich ihre Rente. Gäckler investiert einen großen Teil in Tabak. Rosemarie Korneck geht für ihr Leben gern einkaufen. Sie ist eigentlich die Unternehmungslustigere von beiden. Jeden Montag fährt sie mit dem Bus in die Stadt, um Lebensmittel, Plätzchen und Kleinigkeiten für die Wohnung einzukaufen. Manchmal leistet sie sich einen Kaffee und ein Stück Kuchen. Immer plaudert sie mit den Verkäuferinnen ihres Lieblings-Supermarkts.

„MEIN RÖSCHEN“ NENNT ER SIE

Bis vor acht Jahren hat sie noch in der Wäscherei der Lebenshilfe gearbeitet. Dann ist sie nach einem Weihnachtessen bei Eis und Schnee so unglücklich gestürzt, dass sie die Arbeit aufgeben musste und auf einen Rollator angewiesen ist. Wenn sie die steilen Treppen bis in den fünften Stock hinaufsteigt, trägt Gerhard Gäckler ihre Einkäufe. „Mein Röschen“ nennt er die Freundin.

Obwohl sich die beiden so spät gefunden hätten, gebe ihnen die Beziehung großen Halt, sagt Claus Solbach. „Sie können die Eigenarten des anderen so

liebevoll dulden. Da könnten sich andere Pärchen eine Scheibe abschneiden“, urteilt der Geschäftsführer.

Jeder allein käme auch nicht zurecht. Sie stabilisiert ihn, wenn schizophrene Schübe drohen. Er hilft ihr über die lebenspraktischen Fallstricke hinweg. Rosemarie Korneck kann nämlich nicht lesen und schreiben. Die Bedeutung des Geldes kennt sie nur oberflächlich. Und um elektrische Geräte, einschließlich Herd und Waschmaschine, macht sie einen großen Bogen.

Jedes Jahr freuen sie sich auf zwei große Reisen: Mit dem Marburger Zentrum für Arbeit und Kommunikation (ZAK) waren sie schon am Chiemsee, im Harz, an der Nordsee und in Italien. Mit dem Zug besuchen sie Kornecks Bruder, der in einem Berliner Wohnheim lebt. Einmal sind sie eine Nacht am Kasseler Bahnhof hängen geblieben. Seitdem hilft ihnen der Umstiegservice.

Ob sie glücklich sind? „Ja“, sagen beide ganz überzeugt: „Jetzt haben wir immer Ausgang.“

• Gesa Coordes

HINTERGRUND

DAS IST NEU IM BETREUTEN WOHNEN



GUT BETREUT: Barbara Höfler schaut zweimal pro Woche nach dem Rechten. Und sie hilft Gerhard Gäckler und Rosemarie Korneck beim Getränkekauf.

Durch eine Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Teil XII (HAG/SGB XII) hat der Hessische Landtag dem LWV im September 2008 die Zuständigkeit für das Betreute Wohnen übertragen. Das Gesetz hat eine Laufzeit von vier Jahren (2009 – 2012). Informationen zu den Leistungen und zum Aufnahmeverfahren erhalten interessierte Personen beim LWV, bei allen Anbietern, bei Beratungsstellen oder bei den örtlichen Sozialämtern. Anträge auf Aufnahme in das Betreute Wohnen können direkt an den LWV gerichtet werden. Trotz veränderter Zuständigkeit ist das Verfahren in weiten Teilen unverändert geblieben.

HILFEPLAN

Hilfen für Menschen mit Behinderung sind stets einzelfallbezogen. Dennoch wird der individuelle Bedarf mit einem standardisierten Verfahren erhoben, der gesundheitliche, soziale, familiäre und ggf. auch berufliche Aspekte einschließt. Der Hilfebedarf für Menschen mit seelischer Behinderung und Menschen mit Abhängigkeitserkrankung wird durch einen „Individuellen Behandlungs- und Rehabilitationsplan“ (IBRP) ermittelt. Bei

Menschen mit geistiger Behinderung, Menschen mit körperlicher Behinderung und Menschen mit HIV/Aids-Erkrankung heißt dieses Instrument „Integrierter Hilfeplan Hessen“ (IHP).

Erstellt werden die Hilfepläne von dem Anbieter des Betreuten Wohnens gemeinsam mit der nachfragenden Person. Für den Hilfeplan wird zunächst eine Bestandsaufnahme gemacht. Weiterhin werden die Bereiche beschrieben, in denen eine Unterstützung notwendig ist. Auch werden konkrete Ziele formuliert, die der Klient anstrebt und im definierten Versorgungszeitraum erreichen will. Der Hilfeplan bildet ein Gesamtbild des Versorgungsnetzes ab, in dem sich der behinderte Mensch befindet. Hierdurch werden Doppelleistungen sowie Unterstützungslücken vermieden. Der Hilfeplan wird dann in der Hilfeplankonferenz beraten.

HILFEPLANKONFERENZ

In der Hilfeplankonferenz (HPK) arbeiten die beteiligten Institutionen mit dem Ziel zusammen, die Hilfen bedarfsgerecht und in optimaler Weise zu bündeln. Die HPK ist zuständig für alle Menschen mit Behinderung, die ihren Wohnsitz oder

ihren letzten Aufenthalt in der betreffenden Region haben. In den HPK wirken Vertreter der Leistungserbringer der Region, des örtlichen Sozialamtes und/oder Gesundheitsamtes und des LWV Hessen mit. Die Geschäftsführung der HPK liegt beim LWV Hessen. Das ist neu.

Die nachfragende Person kann an der Beratung in der HPK teilnehmen, und Wünsche einbringen. Eine Teilnahme ist ausdrücklich gewünscht, jedoch nicht verpflichtend. Die Beratung des Einzelfalls kann auf Wunsch auch anonym erfolgen. In der HPK wird auf der Grundlage der vorgelegten Hilfepläne beraten,

- welche Hilfen erforderlich sind, um die gemeinsam erstellten Ziele zu erreichen,
- welchen Umfang sie in Qualität und Quantität haben müssen und für welchen Zeitraum sie zu erbringen sind,
- wer die Hilfe erbringen soll,
- wo die Hilfe erbracht werden soll.

Zum Abschluss der Beratung spricht die Konferenz eine Empfehlung aus, bei der das Wunsch- und Wahlrecht der nachfragenden Person berücksichtigt wird. Der LWV entscheidet über die Aufnahme ins Betreute Wohnen anhand der eingereichten Unterlagen und nach der Beratung in der Hilfeplankonferenz. Über die Entscheidung erhält der Hilfesuchende einen Bescheid.

„ANNEX-LEISTUNGEN“ NACH KAPITEL 6 BIS 8 SGB XII

Nach einer Entscheidung des Hessischen Sozialministeriums ist der LWV bei Personen, für die er Leistungsträger des Betreuten Wohnens ist, auch Kostenträger für alle weiteren Leistungen der Eingliederungshilfe, die sich aus den Kapiteln 6, 7 und 8 SGB XII ergeben.

Hierunter fallen auch Hilfe zur Pflege und Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten. Auch diese Anträge können ab sofort direkt beim LWV eingereicht werden.

• jda
Weitere Informationen unter www.lwv-hessen.de > Soziales > Betreutes Wohnen

LEICHTE SPRACHE

NEUES HEFT ZUM BETREUTEN WOHNEN

„Ein Schlüssel zur eigenen Wohnung“ heißt ein Heft über Betreutes Wohnen in leichter Sprache. In dem Heft wird zum Beispiel erklärt, was Betreutes Wohnen ist. Und wen man anrufen kann, wenn man Fragen zum Betreuten Wohnen hat. Eine Frau und ein Paar berichten, wie sie im Betreuten Wohnen leben.

Das Heft hat der Landeswohlfahrtsverband Hessen gemacht. Dort bekommt man das Heft auch. Das kostet kein Geld.

Das Heft kann unter der Telefon-Nummer 0561 1004-2536 oder im Internet unter www.lwv-hessen.de bestellt werden.

• rvk



Fotos: Rolf K. Wiegst



ABGEORDNETE FORDERN REFORM RESOLUTION ZUR FINANZIERUNG DER EINGLIEDERUNGSHILFE

Am 24. Juni verabschiedeten die Abgeordneten der LWV-Verbandsversammlung einstimmig die nachfolgende Resolution: „Zum 1. Januar 2009 ist die Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz und zur Förderung der Rechte behinderter Menschen durch ein Bundesgesetz in Kraft getreten.

Die 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) will im Herbst 2009 ein Eckpunktepapier für eine Gesetzgebung zur Reform der Eingliederungshilfe vorlegen.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist einer der größten Leistungsträger der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen in Deutschland. Über 90 Prozent des Haushaltes des Kommunalverbandes sind bereits Sozialausgaben mit der Eingliederungshilfe als größtem Ausgabeblock. Derzeit gibt der Landeswohlfahrtsverband für die Eingliederungshilfe jährlich über 1 Milliarde Euro für insgesamt ca. 35.000 Leistungsberechtigten aus.

Mit diesen Geldern werden Menschen mit Behinderungen und ihre Familien mit dem Ziel des Nachteilsausgleichs und der Sicherung der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft unterstützt. Diesen Auftrag hat er vom Land Hessen in Umsetzung bundesgesetzlicher Regelungen – Sozialgesetzbücher IX und XII – erhalten.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen ist durch seine gute fachliche und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung verlässlicher Partner sowohl für die Menschen mit Behinderung als auch für die Einrichtungen der Behindertenhilfe.

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen stellt jedoch mit Sorge fest, dass insbesondere aufgrund der demographischen Entwicklung die Zahl der Menschen mit besonderen Unterstützungsbedarfen seit Jahren erheblich zunimmt. Dies wird sich auch aufgrund des medizinischen Fortschritts weiter fortsetzen. Diese für sich betrachtete positive Entwicklung trägt

aber dazu bei, dass der Landeswohlfahrtsverband die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht hat. Trotz der vom Landeswohlfahrtsverband ergriffenen Maßnahmen zur Kostendämpfung ergaben sich in den letzten Jahren durchschnittliche Mehrausgaben im Sozialhilfehaushalt des Verbandes von bis zu 3 Prozent. Der Landeswohlfahrtsverband sieht daher sowohl die inhaltliche Fortentwicklung als auch die Sicherung des bisher erreichten Niveaus der Leistungen der Eingliederungshilfe gefährdet.

BUND MUSS SICH BETEILIGEN

Der Landeswohlfahrtsverband bedauert, dass in den Beratungen zwischen Bund und Ländern offenbar weder Überlegungen zu einem eigenständigen Leistungsgesetz außerhalb des Fürsorgerechts (SGB XII) angestellt wurden, noch ein Kompromiss in der Frage der Einführung eines Bundesteilhabegeldes gefunden wurde, das bereits im Jahr 2004 vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge in die Diskussion eingebracht worden ist.

Die Verbandsversammlung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen fordert daher insbesondere die Bundesregierung auf, ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen aufzugeben und im ersten Schritt die Empfehlung des Deutschen Vereins zum Bundesteilhabegeld in ihren Kernpunkten umzusetzen.

Im Jahr des Inkrafttretens der UN-Konvention fordert die Verbandsversammlung: Die Mitverantwortung des Bundes für Menschen mit Behinderungen darf sich nicht auf die Schaffung anspruchsbegründender Rechtsgrundlagen beschränken, sondern muss auch die Beteiligung an den erforderlichen finanziellen Mitteln umfassen!“

● ebo

Foto: LWV-Pressstelle

VERBANDSVERSAMMLUNG BESCHLIESST RAHMENVORGABE FÜR HAUSHALT 2010 ERHÖHUNG DER UMLAGE TROTZ SPARBEMÜHUNGEN

Die Verbandsversammlung hat im Juni die Eckwerte für die Haushaltsplanung 2010 beschlossen und damit den finanziellen Rahmen für die Arbeit des kommenden Jahres abgesteckt. Danach wird der Landeswohlfahrtsverband (LWV) Hessen im kommenden Jahr rund 1,48 Milliarden Euro aufwenden. Um seine Aufgaben zu erfüllen, muss er die Verbandsumlage voraussichtlich um rund 62,5 Millionen Euro erhöhen. „Trotz beständiger SpARBEMÜHUNGEN können wir diese Entwicklung nicht auffangen“, betont LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. „Denn immer mehr behinderte Menschen haben einen gesetzlichen Anspruch auf Unterstützung, gleichzeitig brechen Einnahmen weg.“

SOZIALHILFEAUSGABEN STEIGEN

Die Verbandsumlage wird von den hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten getragen. Es sind eine Reihe von Faktoren, die es unumgänglich machen, sie im kommenden Jahr zu erhöhen. Am stärksten fallen zwei Entwicklungen ins Gewicht: Die Zahl der Menschen in Hessen, die Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe haben, wächst stetig. In 2010 kommen voraussichtlich 1.280 „Leistungsfälle“ hinzu und dadurch steigen die Ausgaben im Sozialhilfebereich um rund 32 Millionen Euro. Vor allem chronisch psychische Erkrankungen

und seelische Behinderungen nehmen zu. Gleichzeitig sinken die Einnahmen. Aufgrund der außerordentlich schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage wird der LWV im kommenden Jahr voraussichtlich rund 13,7 Millionen Euro weniger aus dem Kommunalen Finanzausgleich erhalten. Denn die Steuereinnahmen werden den Prognosen zufolge einbrechen, so dass sich die Zuweisungen des Landes verringern.

GESETZLICHER ANSPRUCH

Ein weiterer Faktor: Die Verbesserungen aus der Bewirtschaftung der Haushalte, die der LWV in den vergangenen Jahren umgehend wieder eingesetzt hat, um die Verbandsumlage stabil zu halten, werden in 2010 bis auf einen Restbetrag von 4,3 Millionen Euro abgebaut sein. Dies hat auch Auswirkungen auf die Zinserträge.

„Vier Jahre lang konnten wir die Umlage trotz steigender Fallzahlen stabil halten, obwohl die Ausgaben in der Eingliederungshilfe jährlich um rund 25 Millionen Euro steigen“, sagt Landesdirektor Brückmann. „Wir sind uns bewusst, dass die Kreise und kreisfreien Städte finanziell stark belastet sind. Doch der gesetzlich verankerte Anspruch der behinderten Menschen verpflichtet uns, die Umlage zu erhöhen,“ erläutert der Landesdirektor die schwierige Situation. ● ebo

ÜBERSICHT ÜBER DIE WICHTIGSTEN HAUSHALTSPOSITIONEN IM VERGLEICH: HAUSHALT 2009 UND ECKWERTE 2010

	HAUSHALT 2009	ECKWERTE 2010
Volumen	1,45 Mrd. Euro	1,48 Mrd. Euro
Voraussichtliche Erträge		
Verbandsumlage	950,8 Mio. Euro	1.013,3 Mio. Euro
Finanzausgleich	84,9 Mio. Euro	71,1 Mio. Euro
Finanzerträge	8,8 Mio. Euro	3,4 Mio. Euro
Erstattung Sozialhilfe	135,4 Mio. Euro	135,3 Mio. Euro
Ausgleichsabgabe	44,8 Mio. Euro	44,3 Mio. Euro
Kriegsopferfürsorge	53,5 Mio. Euro	50,1 Mio. Euro
Rücklage	18,6 Mio. Euro	4,3 Mio. Euro
Voraussichtliche Aufwendungen		
Sozialhilfe	1.107,5 Mio. Euro	1.139,2 Mio. Euro
Ausgleichsabgabe	44,8 Mio. Euro	44,3 Mio. Euro
Kriegsopferfürsorge	56,8 Mio. Euro	53,4 Mio. Euro
Personalkosten Verwaltung (mit zusätzlichen Stellen wegen neuer Zuständigkeiten im Betreuten Wohnen)	47,4 Mio. Euro	48,7 Mio. Euro

DIE FRAKTIONEN DER VERBANDSVERSAMMLUNG ZU WICHTIGEN THEMEN

Paul Dünzte, Bardo Bayer, Holger Heupel, Andreas Becker, Willi Werner



PAUL DÜNZTE, STELLVERTRETENDER FRAKTIONSVORSITZENDER CDU
MIT ECKWERTEN DEN HAUSHALT 2010 PLANEN!

Wir leben in der schwersten weltwirtschaftlichen Krise seit 50 Jahren. Die öffentlichen Einnahmen brechen weg, die Kosten steigen. Auch der LWV ist betroffen. Die Kosten für die Betreuung der behinderten Menschen steigen weiter; die kreisfreien Städte und Landkreise müssen dafür mit höherer Verbandsumlage aufkommen. Frühzeitig, im Juni 2009, hat die Verbandsversammlung die Eckwerte für 2010 beschlossen, aber nicht einstimmig wie in den Jahren zuvor. Die Mehrheitsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Grüne und FDP warben für ihre Auffassung, dass gerade jetzt das Parlament „sich nicht verstecken darf“, sondern der Verwaltung wichtige Rahmenbedingungen für den Haushalt 2010 an die Hand geben muss. Das LWV-Budget 2010 wird auf über 1,4 Milliarden Euro steigen. Die CDU-Fraktion tritt dafür ein, dass Staat und Gesellschaft stets die Mittel bereitstellen, damit behinderten Menschen individuell geholfen werden kann und sie möglichst eigenstän-

dig leben können. Die Zahl der behinderten Menschen steigt weiter. Zwar wachsen die Kosten nicht in gleichem Umfang, weil die Maßnahmen zur Reform des LWV und seiner Einrichtungen greifen. Wenn die Verbandsumlage 2010 trotzdem noch stärker steigt, dann deshalb, weil der Verband keine Rücklagen mehr hat. Diese wurden in den letzten Jahren zu Gunsten der örtlichen Träger total ausgekehrt. So konnte der LWV von 2005 bis 2008, über vier Jahre, die Umlage unverändert lassen. 2010 wird wohl die Umlage auf über eine Milliarde Euro klettern. Der Hessische Rechnungshof hatte unlängst bei der LWV-Prüfung festgestellt, dass das „Eckwerteverfahren ein geeignetes Mittel zur Steuerung des Verbandes ist.“ Die CDU-Fraktion sieht sich damit bestätigt. Sollte es im Laufe des Jahres weitere Erkenntnisse geben, was nicht ausgeschlossen werden kann, ist das Verfahren flexibel genug, um einen Haushalt 2010 vorzulegen, der den dann aktuellen Herausforderungen gerecht wird. ●



BARDO BAYER, SPD-FRAKTION
INTEGRATIONSFACHDIENSTE VOR DEM AUS?

Wir haben ein gutes Netz von Integrationsfachdiensten (IFD). Sie leisten für schwerbehinderte Menschen berufsbegleitende Beratung, sind aber auch Ansprechpartner für Vermittlung und Rehabilitation. Durch Gesetzesänderung wurde 2004 die Strukturverantwortung für die IFDs auf die Integrationsämter übertragen. Für die neue Aufgabe gab es einen 15 Prozent höheren Anteil an der Ausgleichsabgabe. Die IFDs konnten weiterhin ihren Auftrag gut erfüllen. Bis im August 2007 der Verwaltungsausschuss (VA) die Kündigung der Verträge beschloss: Es solle nur noch ein individuelles Entgelt für die Teilaufgabe „Begleitung in Arbeit und Beruf“ geben, weil der Landesrechnungshof dies wolle. Der Protest der Betroffenen zeigte Wirkung! Der VA setzte die Kündigung bis Ende 2009 aus. In einer Pressemitteilung bekannte sich die Erste Beigeordnete Evelin Schönhut-Keil zur Strukturverantwortung des LWV und sagte zu, die IFDs unter Berück-

sichtigung eines Basisbetrages durch einen Rahmenvertrag absichern zu wollen. Im Juni 2009 wurden, kurz vor dem Abschluss, die Verhandlungen über den Rahmenvertrag abgebrochen. Stattdessen wollte man nun Einzelverhandlungen. Gegenüber der Liga der Wohlfahrtsverbände ruderte die Erste Beigeordnete wieder zurück: „Die Rahmenvertragsverhandlungen werden fortgesetzt!“ Doch die Kündigungen waren längst unterwegs. Dieses unprofessionelle Hin und Her lässt Schlimmes befürchten. Deshalb hatten SPD und FW einen Dringlichkeitsantrag zur letzten Verbandsversammlung gestellt, leider ohne Erfolg! Wir fordern Rücknahme der Kündigungen und den Abschluss des Rahmenvertrages. Die gute Integrationsarbeit für arbeitende und arbeitssuchende schwerbehinderte Menschen in Hessen darf nicht kaputt gespart werden. ●

Fotos: privat

HOLGER HEUPEL, FRAKTIONSVORSITZENDER BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

INKLUSION UND REGIONALISIERUNG

In der sozial- und behindertenpolitischen Fachwelt werden wir häufig mit neuen Begriffen konfrontiert. Zurzeit füllt der Begriff „Inklusion“ die Spalten von Fachzeitschriften. Er wird benutzt, um programmatische Fortschritte zu propagieren, die sich bei näherem Hinschauen häufig als „alter Wein in neuen Schläuchen“ herausstellen. Beim Inklusionsbegriff handelt es sich nicht um ein behinderungsspezifisches Programm, sondern um die Chance für Interessenbündnisse mit allen, die es in ihren Lebenswelten mit Marginalisierung zu tun haben. Für alle Beteiligten gilt es, die eigene Orientierung mit Blick auf Dekategorisierung und Entspezialisierung zu überprüfen. Geht es ‚nur‘ um Behinderung, ist z. B. die Anwendung des Integrationsbegriffes viel sinnvoller. Bei der Regionalisierung in der Behindertenhilfe geht es auch um grundsätzliche Be-

trachtungsweisen, aber hier ist der Begriffsstreit überwunden. Wir befinden uns längst in Realisierungsprozessen. Für die Weiterentwicklung ist eine einheitliche Zuständigkeit für die ambulante und stationäre Eingliederungshilfe unstrittig. Manche Bundesländer haben sich für eine Zusammenfassung auf kommunaler Ebene entschieden. In Hessen wurden die Eingliederungshilfen vorrangig dem überörtlichen Sozialhilfeträger übertragen. Durch Präsenz vor Ort und eine enge vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den örtlichen Trägern muss nun die Nähe zu den Leistungsberechtigten hergestellt werden, damit Flexibilisierung und Individualisierung der Hilfen wirksam werden können. Besonders für die Gruppe der geistig behinderten Menschen ist die Organisation von Teilhabe für alle Beteiligten eine große Herausforderung. ●



ANDREAS BECKER, FRAKTIONSVORSITZENDER FDP

DIE TRADITION WAHREN

Vor 175 Jahren – am 24. Juni 1834 – wurde der Grundstein zum heutigen Ständehaus, dem ältesten Parlamentsgebäude Hessens, gelegt. In der über 50-jährigen Geschichte des LWV war das Ständehaus mehrfach Gegenstand von Publikationen sowohl zu seiner architektonischen Bedeutung als auch zu seiner parlamentarischen Tradition. Die Aussage „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“ verweist auf den Erfolg der damaligen Ständeversammlung, ihr Selbstbewusstsein gegenüber dem Kurfürsten mit einem eigenen Gebäude zu behaupten. Umso wichtiger ist die Wahrung dieser Tradition auch für das „Hessische Sozialparlament“, das diesen Bau als Parlamentsgebäude und Hauptverwaltung nutzt. Das Parlament hat im Rahmen der Haushaltsberatung 2009 einstimmig entschieden, den Ständesaal umzugestalten und zu renovieren. Damit kann er in Zukunft noch besser vom

Parlament selbst und Gästen zu verschiedenen Anlässen als festlicher und geschichtsträchtiger Rahmen genutzt werden. Die hohe Qualität des Gebäudes soll für Musik- und Theaterdarbietungen weiter verbessert werden. Investitionen in die technische Ausstattung sowie ein behindertengerechter Zugang schaffen den Rahmen für mehr gesellschaftliche und kulturelle Begegnungen von Stadt und Region. Eine solche Nutzung, die für Ende 2011 fest vereinbart ist, wird die Bedeutung und Tradition des Ständehauses für die Zukunft unterstreichen. Neben der Einstimmigkeit des Parlamentsbeschlusses hat sich bei der Vorbereitung die gute Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Archive und Gedenkstätten und dem Baumanagement bestätigt. Gleichzeitig konnte der Denkmalschutz angemessen und umfassend berücksichtigt werden und hat daher seine Zustimmung erteilt. ●



WILLI WERNER, FW-FRAKTION

KEIN SPIELRAUM FÜR EXPERIMENTE IM LWV

Nach Verabschiedung der Eckwerte für 2010 muss allen Beteiligten klar sein: Die LWV-Verbandsumlage 2010 wird auf über 1 Mrd. Euro ansteigen. Damit werden die Träger des LWV in den nächsten Jahren wesentlich stärker zur Kasse gebeten. Für die Landkreise werden teilweise zusätzlich ca. 1 Mio. Euro (und mehr!) im Jahr fällig. Die finanzielle Belastung wächst. In diesem Zusammenhang ist die Einrichtung von Dezernentenstellen im Bereich 200 zu überprüfen. Es kann nicht sein, dass in Zeiten knapper Kassen zwei Dezernentenstellen geschaffen werden, nur um die Koalition zu bedienen. Wenn gut informierte Kreise die Einrichtung einer weiteren hauptamtlichen Beigeordnetenstelle kolportieren, schließe dies, wenn es zuträfe, dem Fass den Boden aus. Wir sind zurzeit mit der vorhandenen Dezernatsleitung gut aufgestellt und brauchen

in Zeiten knapper Kassen keine Ausweitung und Kostenexplosion in der obersten Etage des LWV. Aufgrund der Rechnungshofprüfung und des Kienbaum-Gutachtens sind einvernehmlich im Personalbereich Einsparungen erfolgt. Diese positive Entwicklung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Mehr Häuptlinge – weniger Indianer, so kann es nicht gehen! Die veränderte Organisationsstruktur, die Einrichtung der Vitos-Holding GmbH und die Überführung der Einrichtungen in selbstständige GmbHs sollen mehr Schlagkraft bringen und die Wirtschaftlichkeit steigern. Dies ist natürlich auch im Sinne der Freien Wähler. Daher wäre eine so aufgeblähte Hauptverwaltung den Mitarbeitern und den Trägern des Verbandes nicht zu vermitteln und daher unverständlich. Die FW-Fraktion setzt auf die Einsicht der Verantwortlichen. ●



„Im Hotel zählt das ‚Wir‘“

Hoffmanns Höfe – ein Gästehaus der besonderen Art

FRANKFURT. „Guten Tag, Hoffmanns Höfe, Salur mein Name, was kann ich für Sie tun?“ Eine Zimmerreservierung wünscht der Gast am Telefon. Schnell schaut Nesrin Salur in den PC und bestätigt die Anfrage. Sie verabschiedet sich und schaut auf ihre Aufgaben-Liste, was als Nächstes zu tun ist. Jeder einzelne Arbeitsschritt ist hier vermerkt und genau erläutert. Alles ganz normal in den Hoffmanns Höfen, einem Tagungshotel in Frankfurt-Niederrad. Erst auf den zweiten Blick ist dieses Hotel ein ganz besonderes.

GEBÄRDENSPRACHE AUF DEM FLUR

Wenn Nesrin Salur ihren Arbeitsplatz verlässt, sieht man, dass sie eine Gehbehinderung hat. Und die beiden Arbeitskolleginnen, die sie auf dem Flur trifft, begrüßt sie in Gebärdensprache. Nicole Blackert und Naima Houssaini sind gehörlos. Sie arbeiten als Reinigungskräfte im Hotel. Sieben der 13 Mitarbeiter sind körperlich behindert oder haben eine psychische Erkrankung. Die Hoffmanns Höfe wollen Menschen mit Behinderung die Möglichkeit zur beruflichen Qualifikation geben und Arbeitsplätze für sie schaffen.

Auf dem freien Arbeitsmarkt haben behinderte Menschen eher Schwierigkeiten, eine Anstellung zu bekommen. Das weiß auch Frank Kunze, der an

Morbus Crohn und Morbus Bechterew erkrankt ist und seit zwei Jahren in den Hoffmanns Höfen arbeitet. Bei einer Tätigkeit im Einzelhandel wurde ihm wegen eines kleinen Fehlers in der Probezeit gekündigt. „Ich vermute, es war aber aufgrund meiner Behinderung“, sagt Kunze. „Ich habe mich dann neu orientiert und ein Praktikum in einem Kolping-Hotel gemacht. Vom Integrationsfachdienst bekam ich die Adresse der Hoffmanns Höfe.“ Kunze arbeitet in den Nachmittags- und Abendschichten an der Rezeption. Er koordiniert die Hotelauslastung und die Belegung der Seminarräume.

Die Idee für das „Hotel der besonderen Art“ entstand vor etwa drei Jahren (s. Kasten). Acht Mitarbeiter sind heute für die Bereiche Rezeption, Organisation



ZIMMERSERVICE:
Nicole Blackert bei den
alltäglichen Pflichten.

und Zimmerservice tätig, neun weitere Angestellte arbeiten über die „Kombinierte Beschäftigungsinitiative für neue Arbeit GmbH“ (Kombinat) in den Bereichen Gastronomie und Gebäudereinigung für das Tagungshotel. Es sollte ein Kommunikationszentrum entstehen, das soziale Arbeit, Wissenschaft und Kultur miteinander verbindet. „Mittendrin stehen die Menschen mit Behinderung als professionelle Mitarbeiter und nicht als Wohltätigkeitsempfänger“, beschreibt Wolfgang Schrank, Geschäftsführer der Hoffmanns Höfe, die Idee.

INDIVIDUELLE FÖRDERUNG DURCH DEN LWV

Auch offiziell sind das Hotel und die kombinierte Beschäftigungsinitiative als Integrationsprojekte vom LWV anerkannt. Denn die Quote der behinderten Mitarbeiter, die für eine Bewilligung nötig ist, wird erfüllt.

Frank Kunze und Naima Houssaini erhalten außerdem individuelle Förderungen vom LWV. Kunze kann aufgrund seiner Behinderung keine Tische und Stühle in den Seminarräumen verrücken. Aus diesem Grund wird ihm täglich ein Helfer zur Seite gestellt, der diese Arbeit für ihn macht. Die individuelle Förderung für Houssaini beinhaltet die Bereitstellung eines Dolmetschers vom Integrationsfachdienst, der die Gebärdensprache beherrscht. Houssaini stammt aus Marokko und hat Schwierigkeiten, deutsche Wörter komplett von den Lippen abzulesen. Für zwei psychisch kranke Mitarbeiter laufen die An-

träge auf individuelle Förderung derzeit. Noch vor einigen Jahren hat Schrank es für nahezu unmöglich gehalten, dass auch gehörlose Menschen in dem Tagungshotel arbeiten. Verständigungsschwierigkeiten schienen fast unüberwindbar. Aber dass auch mit diesen Angestellten die Zusammenarbeit mehr als gut funktioniert, ist mittlerweile eindeutig.

So passiert es hin und wieder, dass ein Hotelgast bei der Anreise gar nicht weiß, dass in den Hoffmanns Höfen behinderte Menschen angestellt sind, und dies auch gar nicht bemerkt. So ist so mancher zunächst irritiert, wenn ein Gehörloser im Hotelrestaurant bedient. Schnell klärt sich eine solche Situation aber auf.

Wie sehr vor allem das entgegengebrachte Vertrauen geschätzt wird, bekräftigen Blackert und ihre Kollegin Houssaini. „Hier findet kein Druck statt. Im Hotel zählt das ‚Wir‘. Behinderte und nicht behinderte Menschen werden gleich behandelt.“

Auf behinderte Gäste ist das Hotel ebenfalls eingestellt: Für sehgeschädigte Besucher wurden die Zimmertüren mit extra großen, kontrastreichen Zimmernummern versehen.

Auch in Zukunft wollen die Hoffmanns Höfe einen innovativen Beitrag zur Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt leisten: In den kommenden Jahren soll die Belegschaft auf insgesamt 30 aufgestockt werden. Bereits in diesem Jahr fangen zwei weitere Mitarbeiter an, in dem Tagungshotel zu arbeiten, damit die vielen Gäste auch weiterhin einen guten Service bekommen.

● Nadine Heese

HINTERGRUND

HOFFMANNS HÖFE

Die Gebäude der Hoffmanns Höfe wurden 1959/1960 als Haus der Parität durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband gebaut. Hier fanden Tagungen, internationale Konferenzen sowie Fortbildungen statt. Nach Umzug des Wohlfahrtsverbandes nach Berlin kam die Idee auf, den Gebäudekomplex als Integrationsprojekt in Form eines Hotels zu nutzen. Träger des Hotels ist die gemeinnützige Gesellschaft für Bildung und berufliche Integration mbH.

Nach und nach siedelten sich in den vergangenen Jahren verschiedene kulturelle und soziale Organisationen mit ihren Büros in Räumen des Hotels an. So sind das Archiv Frau und Musik, der Verein für die Heilung von Brustkrebs KOMEN e. V., das Paritätische Bildungswerk und Institutionen der Evangelischen Erwachsenenbildung hier untergebracht. Hin und wieder stattfindende Konzerte und Ausstellungen beleben so das Haus.



Wolfgang Schrank (l.), Geschäftsführer der Hoffmanns Höfe, und Muhammet Tekin, Ausbilder in dem Unternehmen.

Fotos: Nadine Heese

VERGLEICH VOR DEM VERWALTUNGSGERICHT

PHILIPP KOCH DARF ZUR REGELSCHULE

Philipp Koch, ein 15-jähriger Junge mit Down-Syndrom, besucht seit diesem Schuljahr wieder die Regelschule. In einem Aufsehen erregenden Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Gießen erstritten seine Eltern einen Vergleich. Darin wurde vereinbart, ein neues förderpädagogisches Gutachten in Auftrag zu geben. Nach dessen Prüfung ist der Weg zur integrativen Gesamtschule in Marburg frei geworden.

Für Philipp hat das Kultusministerium sechs zusätzliche Lehrerstunden bewilligt, und zwar über den begrenzten Pool solcher Förderstunden hinaus. „Ein toller Erfolg“, jubelt Eva Wingerter von der Landesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“, die Familie Koch unterstützt hat.

Es gibt allerdings einen Wermutstropfen: Durch den außergerichtlichen Vergleich wird es für andere klagende Eltern

schwieriger, sich auf Philipps Beispiel zu berufen. In dem Vergleich wurde außerdem betont, dass die Einigung als Einzelfallentscheidung auf der Basis des hessischen Schulgesetzes und ungeachtet der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen getroffen wurde. Die verlangt ein „inklusives“ Bildungssystem, in dem behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam lernen.

Nach Schätzungen von Experten besuchen in Deutschland nur 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Regelschule. In anderen europäischen Ländern sind es bis zu 80 Prozent. Philipp Koch hatte bis zur Klasse 6 eine integrative Privatschule in Gießen besucht. Dort werden aber keine höheren Klassen unterrichtet.

• ebo

VORGABE MEHR ALS ERFÜLLT

LWV LEGT ZU BEI BESCHÄFTIGUNG SCHWERBEHINDERTER

In den Verwaltungen in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden sowie in den Schulen und Forsten des LWV Hessen arbeiteten – prozentual gesehen – 2008 mehr schwerbehinderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als je zuvor: Im Jahresdurch-

schnitt waren auf 14,31 Prozent der Arbeitsplätze schwerbehinderte Mitarbeiter beschäftigt.

„Mit 14,31 Prozent überschreiten wir sowohl die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 5 Prozent als auch die Vorga-

be unserer Verbandsversammlung von mindestens 6 Prozent erneut deutlich“, erläuterte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann die Beschäftigungszahlen. Bei der Ausbildung setzt sich der LWV auch für junge schwerbehinderte Menschen ein. In den Integrationsvereinbarungen zur Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben für die Verwaltungen wurde vereinbart, dass pro Jahr mindestens ein Ausbildungsplatz bei entsprechender Qualifikation mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt wird. 2008 hat der 17-jährige Peter Römer seine Ausbildung zum Verwaltungsfachangestellten in der Hauptverwaltung Kassel aufgenommen. 2009 haben zwei schwerbehinderte Auszubildende begonnen.

• rvk



AUSZUBILDENDER: Peter Römer an seinem Arbeitsplatz.

Fotos: Rose-Marie von Krauss, Gottstein & Blumenstein Architekten BDA



UMWELTGERECHT: Das geplante Passivhaus soll Platz für 14 Menschen bieten.

NIEDER-RAMSTÄDTER DIAKONIE PLANT NEUBAU

LWV UNTERSTÜTZT ERSTMALS WOHNPROJEKT IM PASSIVHAUS

Der LWV unterstützt erstmals ein Wohnprojekt in einem energieeffizienten Passivhaus. „Wir sind uns als Verband der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gegenüber Mensch und Natur bewusst und gehen diesen neuen umweltgerechten Weg beim Bau von Wohnhäusern in der Behindertenhilfe gern mit“, erläutert LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. „Wir gehen derzeit sogar davon aus, dass diese Entscheidung auf lange Sicht zu Kosteneinsparungen führen wird.“

ENERGIEEFFIZIENTER BAUSTANDARD

Die Nieder-Ramstädter Diakonie (NRD) plant den Neubau einer Wohneinrichtung für 14 Menschen mit geistiger Behinderung in Zwingenberg im Landkreis Bergstraße. Damit besteht die Möglichkeit, dass diese Menschen, die jetzt bei der NRD in Mühlthal wohnen, wieder in ihrer Herkunftsregion leben können.

Das neue Haus soll mit einem energieeffizienten Baustandard, als so genanntes Passivhaus, errichtet werden. Damit sind höhere Baukosten verbunden, die jedoch durch ein zinsgünstiges Förderprogramm der KfW-Bank zu energieeffizientem Bauen relativiert werden. Langfristig wird mit der neuen Bauweise Energie eingespart, was sich positiv auf die Verbrauchskosten und somit die Folgekosten für den LWV auswirkt. Zudem wird der Einsatz fossiler Energieträger erheblich reduziert. „Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, also Förderprogramme in Anspruch genommen werden, wird der LWV sich auch zukünftig energieeffizienten Maßnahmen nicht verschließen“, ergänzt Brückmann.

• rvk

Weitere Informationen zum Projekt gibt Walter Diehl, kaufmännischer Vorstand der Nieder-Ramstädter Diakonie, Tel.: 06151 1491590.

EINMALIGES FÖRDERANGEBOT

„PROSA – PROJEKT FÜR SCHREIBENDE AUTISTISCHE MENSCHEN“

„PROSA“ heißt das besondere tagesstrukturierende Angebot mit 12 Plätzen in Gießen, das der LWV Hessen nach einem Beschluss seines Verwaltungsausschusses komplett finanziert. Damit ist dieses in Hessen einmalige Förderangebot für nicht und wenig sprechende Erwachsene mit frühkindlichem Autismus gesichert.

Die Menschen, die im Rahmen von PROSA betreut werden, gehören zu einer kleinen Gruppe von Autisten. Sie benötigen, über die übliche Förderung in einer Tagesförderstätte hinaus, die so genannte gestützte Kommunikation als besondere Verständigungsform. Das bedeutet, dass sie alle Tätigkeiten nur mit

Anleitung oder Assistenz erledigen können. Die so gestaltete Tagesstruktur hat sich bereits drei Jahre bewährt. Damit konnten einige Teilnehmer des PROSA-Projektes einen Hauptschulabschluss erreichen. Bislang hat die Mehrkosten in der Personalausstattung, die durch die besondere Kommunikationsform in der Tagesförderung entstehen, die Aktion Mensch im Rahmen einer befristeten Projektfinanzierung übernommen. Mit Ablauf der Projektfrist finanziert nun der LWV diese erfolgreiche Form der Förderung mit rund 38.000 Euro im Jahr. Die Kosten, die für die reguläre Betreuung in der Tagesförderstätte angefallen sind, hat der Landeswohlfahrtsverband vorher schon getragen.

• rvk

KLOSTERSPIELE MERXHAUSEN

„LEUCHTENDES BEISPIEL FÜR GELEBTE INTEGRATION“

Hildegard Brabsche, langjährige Vorsitzende der Klosterspiele Merxhausen e. V., ist bei einer Feierstunde im Vitos-Klinikum Bad Emstal mit der Ehrenplakette des LWV in Bronze ausgezeichnet worden. „Das Verständnis für kranke und behinderte Menschen in der Region ist durch Hildegard Brabsches Einsatz spürbar gewachsen. Die Klosterspiele sind nicht nur ein leuchtendes Beispiel für gelebte Integration, sie haben auch schauspielerisch vieles zu bieten“, hob LWV-Beigeordneter Dr. Peter Barkey in seiner Laudatio hervor.

VEREIN ZÄHLT ÜBER 200 MITGLIEDER

Die gelernte Krankenschwester gehörte 1984 zu den Gründungsmitgliedern der Klosterspiele. Von Beginn an wurden Patienten des Krankenhauses sowie Bewohner der Heilpädagogischen Einrichtung in die Aufführungen einbezogen. Über 25 Jahre hinweg zählte Hildegard Brabsche zu den Motoren der Klosterspiele: Sie wirkte als Mitspielerin und als Vorstandsmitglied, ab 1997 als Vorsitzende des Vereins und trug mit ihrem Einsatz maßgeblich zum kontinuierlichen und vielfältigen Spielbetrieb der Theatergruppe bei. Inzwischen zählt der Verein über 200 Mitglieder, unter ihnen 80 aktive.

Nicht nur die theaterspezifischen Aufgaben sind die Domäne von Hildegard Brabsche: Sie tat zudem viel für die Präsenz der Klosterspiele in den Medien, war eine unermüdliche Öffentlichkeitsarbeiterin. Viele Kontakte hat sie geknüpft und durch die Theaterangebote Menschen nach Merxhausen geholt, die sonst kaum einmal auf das Gelände einer psychiatrischen Klinik gekommen wären.

„Bei jeder Aufführung hat man spüren können, wie die Akteure auf und hinter der Bühne mit viel Fleiß und noch mehr Spaß dabei waren“, sagte Dr. Barkey. Hildegard Brabsche besitze neben ihrem Organisationstalent auch die Gabe,



AUSGEZEICHNET: Hildegard Brabsche (l.) erhielt die Ehrenplakette des LWV von Beigeordnetem Dr. Peter Barkey.

Menschen zu motivieren und sie zu Neuem zu ermutigen. Dabei seien die Klosterspiele zu Beginn durchaus ein Experiment gewesen, noch immer gelten sie bundesweit als die einzige Amateurtheatergruppe, die psychisch kranke und geistig behinderte Menschen in ihre Inszenierung einbindet. Hildegard Brabsche hat den Vorsitz beim Vorstand der Klosterspiele inzwischen abgegeben, bleibt dem Verein aber als Werbeleiterin erhalten. ● jda

MÜHLTAL

NEUES BERATUNGSANGEBOT DES LWV



Georg Hassenzahl

An jedem ersten Freitag im Monat bietet der LWV-Fachbereich für Menschen mit geistiger Behinderung ab sofort eine Sprechstunde in Mühlthal an. Im Erdgeschoss des Verwaltungsgebäudes der Nieder-Ramstädter Diakonie beantwortet LWV-Mitarbeiter Georg Hassenzahl rechtliche und soziale Fragen zur Eingliederungshilfe. Das Angebot richtet sich in erster Linie an Bewohner der Diakonie-Einrichtungen und an deren Angehörige. Aber

auch andere Menschen mit Behinderung aus der Region Darmstadt-Dieburg sind willkommen. Es ist die zweite Sprechstunde dieser Art in Hessen: Auch in Hephata Schwalmstadt bietet der LWV regelmäßig Sprechzeiten an. Er will den Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen auf diese Weise entgegenkommen. Sprechzeiten sind jeweils am ersten Freitag im Monat von 14 bis 16 Uhr. ● ebo

Fotos: Vitos Kurfhessen, privat, Jörg Daniel

GEMEINDENAHE PSYCHIATRIE

LWV SCHREIBT WALTER-PICARD-PREIS AUS



Walter Picard

Der LWV schreibt zum fünften Mal den mit 5000 Euro dotierten „Walter-Picard-Preis“ aus. Bewerben können sich Personen, Vereine und Institutionen, die sich in der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Hessen verdient gemacht haben. Mit der Auslobung des Preises erinnert der LWV an den Offenbacher Psychiatriereformer Walter Picard, möchte aber auch Reformideen der Psychiatrie-Enquete sowie ehrenamtliches Engagement zu Gunsten psychisch kranker Menschen unterstützen. Vorschläge für die Auszeichnung nimmt der LWV bis zum 31. Oktober entgegen. Verliehen wird der Preis im kommenden Jahr.

NACHDENKEN ÜBER PSYCHIATRIE DER ZUKUNFT

„In einer Zeit, in der wir eine beharrlich wachsende Zahl von psychischen Erkrankungen feststellen müssen, lohnt es sich, über die Zukunft der psychiatrischen Versorgung in Hessen nachzudenken“, sagt LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. „Dabei helfen uns auch heute die Überlegungen Walter Picards weiter, der besonders den Bereich der ergänzenden Hil-

fen im Auge hatte“, so der LWV-Chef, der auch dem Aufsichtsrat der Vitos GmbH als Hessens größtem Anbieter für die Behandlung psychisch kranker Menschen vorsteht. Die psychiatrische Versorgung müsse nicht nur dezentral organisiert sein, sie müsse auch eine Vielfalt von ambulanten, semi-professionellen und ehrenamtlichen Hilfen zulassen.

Der Walter-Picard-Preis kann an Personen, Institutionen und Organisationen verliehen werden, die sich im Sinne der Psychiatrie-Enquete in den unterschiedlichen Bereichen – auch ehrenamtlich – um die sozialpsychiatrische Versorgung der Bevölkerung verdient gemacht haben.

Vorschlagsberechtigt sind alle Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Institutionen. Ein Komitee bewertet die Vorschläge aus fachlicher Sicht und schlägt dem LWV-Verwaltungsausschuss die Preisträger vor. ● jda

Weitere Infos unter www.lwv-hessen.de

„JOB 4000“

MEHR GELD FÜR DIE BERUFLICHE INTEGRATION

1,02 Millionen Euro hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Juli für das Programm „Job 4000“ bewilligt. Damit kann die berufliche Integration von schwerbehinderten Menschen in Hessen weiter verbessert werden. Seit Oktober 2007 wird das Programm „Job 4000“ gemeinsam vom Integrationsamt des LWV Hessen, dem Hessischen Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit und der hessischen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit umgesetzt.

Bis Ende 2008 wurden durch das Programm 28 Ausbildungs- und 14 Arbeitsplätze eingerichtet sowie 112 junge schwerbehinderte Menschen auf ihrem Weg von der Schule in den Beruf unterstützt und begleitet. In das Job-Programm fließen weitere 440.000 Euro aus Mitteln der Ausgleichsabgabe.

Mit dem Geld sollen 2009 im Rahmen von „Job 4000“ in Hessen weitere 20 Ausbil-

dungs- und 20 Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem sollen 200 schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler landesweit beim Übergang in die Berufstätigkeit besonders unterstützt werden. Gezielte Praktika schon in der Schulzeit sowie individuelle Begleitungsmaßnahmen sollen ebenfalls angeboten werden. Diese Hilfe leisten Integrationsfachdienste (IFD), die hessenweit an 25 Standorten im Auftrag des LWV arbeiten. Ansprechpartner für die Schaffung von neuen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sind die Agenturen für Arbeit. Mit dem Programm „Job 4000“ können zudem zusätzliche Arbeitsplätze für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen finanziert werden. ● rvk

Weitere Informationen:

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Dieter Ingold
Tel.: 0561 1004 - 2319
E-Mail: dieter.ingold@lwv-hessen.de
oder www.integrationsamt-hessen.de



Eine Diplomierungsfeier für den Polizeinachwuchs im Ständehaus nutzte Hessens Innenminister Volker Bouffier zu einem anschließenden Gespräch mit LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann. Im Mittelpunkt des Austausches stand die Haushaltssituation des LWV in diesem und im kommenden Jahr. Angesichts wachsender öffentlicher Finanzlücken stehe die Behindertenhilfe vor neuen Herausforderungen, waren sich die beiden Politiker einig. ● jda

HERMANN-SCHAFFT-SCHULE NEUE MENSA

Die Hermann-Schafft-Schule für hörgeschädigte, sehbehinderte und blinde Kinder und Jugendliche ist eine verbindliche Ganztagschule. Äußerliches Zeichen: Sie hat eine neue Mensa. Der Landeswohlfahrtsverband als Schulträger hat rund 2 Millionen Euro in dieses Projekt investiert. Am 14. September wurde die Mensa eingeweiht und mit ihr ein Gebäude für die sehbehinderten Schüler und Schülerinnen. Es war zuvor saniert und für die Erfordernisse dieser Schülergruppe umgebaut worden.

Die Mensa hat so ausgezeichnete akustische Eigenschaften, dass das Kultusministerium seine 3. interdisziplinäre Fachtagung „Schnecke – Bildung braucht Gesundheit“ in der Hermann-Schafft-Schule in Homberg/Efze veranstaltet hat. ● ebo

VITOS RHEINGAU

NEUER BEGEGNUNGS- RAUM

Neben einem Gedenkstein für die Opfer der so genannten „Euthanasie“ gibt es auf dem Gelände der Vitos Klinik Eichberg in Eltville jetzt auch einen Begegnungsraum. Am 1. September, 70 Jahre nachdem Adolf Hitler die Tötung kranker und behinderter Menschen in einem Erlass legitimiert hat, wurde der Raum in Haus 8 der Klinik eingeweiht.

Besucher können sich dort in einer Ausstellung über die Geschichte der Krankentötungen in der NS-Zeit informieren. Zugänglich sind auch Räume der ehemaligen Landesheilanstalt Eichberg, in der Patienten untergebracht wurden, die in Hadamar ermordet werden sollten. ● ebo

MAX-KIRMSSE-SCHULE UND TSG LIMBACH 1974 E. V.

KOOPERATION IN SACHEN TRIATHLON

Montags steht in der Max-Kirmsse-Schule (MKS) in Idstein immer Schwimmen, Radfahren, Laufen oder eine Kombination der drei Sportarten auf dem Plan. Dass die Schülerinnen und Schüler intensiv den Triathlon trainieren können, verdanken sie einer Kooperation ihrer Schule mit der TSG Limbach. Seit Beginn der Pilotphase sind zwei Übungsleiter regelmäßig im Haus. Ende April nahmen die Kirmsse-Schülerinnen und Schüler bereits an einem Staffeltiathlon in Wiesbaden teil.



KLOSTER HAINA

GROSSER KUNST- FÜHRER ERSCHIENEN

Das Kloster Haina zählt zu den wichtigsten und am besten erhaltenen gotischen Klosteranlagen Deutschlands. Das macht es insbesondere für Kulturhistoriker interessant. Für die gibt es jetzt zusätzlich zum Kleinen Kunstführer Haina auch einen Großen Kunstführer Haina. Auf 48 Seiten beschreibt der ehemalige Pfarrer Dr. Arnd Friedrich die Geschichte des ehemaligen Zisterzienserklosters, und Michael Burger vom Forschungszentrum Mittelalterliche Glasmalerei „Corpus Vitreum“ erläutert die Glasmalereien der Kirche. Ein Großteil der Fenster stammt aus der Bauzeit des Klosters, also aus dem 13. Jahrhundert. Sie zählen damit in ihrem Gesamtbestand zu den bedeutendsten in ganz Deutschland. Mehr als 60 Illustrationen komplettieren das Werk über die gotische Klosteranlage, die heute zu Vitos Haina gehört. ● rvk

Arnd Friedrich/Michael Burger, Kloster Haina, Regensburg 2008 (Verlag Schnell und Steiner), 9,90 Euro

Ein dritter Platz hat sie motiviert. In diesem Schuljahr wollen sie sich gezielt auf einen eigenen, kompletten Dua- oder Triathlon vorbereiten.

Im Juni wurde die feste Zusammenarbeit vertraglich besiegelt. Die Unterlagen wurden der Sportjugend Hessen im Landessportbund Hessen vorgelegt, um als Teilnehmerschule der LSB-Initiative „Sportverein plus Schule“ ausgewählt zu werden. ● rvk

Fotos: Monika Brauns, Michael Miethes

KASSEL. Seit dem Start der LWV-Gesundheitsmanagement GmbH Anfang 2008 ist viel in Bewegung. Damit die Einrichtungen mit ihren 8.500 Mitarbeitern jetzt stärker zu einem Team zusammengewachsen und das nach innen und außen sichtbar wird, gaben sie sich einen gemeinsamen Markennamen: Vitos.

Vitos segelt jetzt unter gemeinsamer Flagge

Mit 13 unterschiedlichen Gestaltungslinien kann ein Unternehmen nur schwer vermitteln, dass es in Hessen größter Anbieter für die Behandlung psychisch kranker Menschen ist. Dass es im hart umkämpften Markt des Gesundheits- und Sozialwesens ein einheitliches Gesicht bekommen musste, stand also außer Frage. In diesem Zusammenhang kommt man aber nicht umhin, sich auch mit der eigenen Markenstruktur zu beschäftigen. Und hier stand man vor einer komplexen Aufgabe, wollte man das Gefüge vermitteln, das sich aus sperrigen Begriffen und vielen Eigennamen zusammensetzte.

UNTERNEHMENSPROFIL SCHÄRFEN

Die Führungskräfte beschäftigten sich intensiv mit dem Thema und diskutierten die Entwicklung einer starken Marke auf der Führungskräftekonferenz 2008. Dort hatte LWV-Landesdirektor Uwe Brückmann die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aufgerufen, sich aktiv an der Diskussion um Unternehmensziele und die geeignete Strategie zu beteiligen: „Nur mit einem gemeinsamen Unternehmensprofil können wir den Herausforderungen des Wettbewerbs begegnen“. Viel Raum erhielt daher die Verständigung auf die Unternehmenswerte. Das Konzept, einen gemeinsamen Namen als verbindendes Element den regionalen Orts- und Einrichtungsnamen voranzustellen, überzeugte. Eine überwältigende Mehrheit sprach sich für die Dachmarkenstrategie und den Namen Vitos aus. Der bedeutet Leben, zusammengesetzt aus lateinischem „vita“ und griechischem „bios“. Die Verbandsversammlung des LWV stimmte der Namensänderung im Dezember 2008 zu. Damit war die Grundlage geschaffen, das Unternehmen nach innen und außen erfassbarer zu machen. Mit der Umstellung wurden zudem alle in den Einrichtungsnamen verwendeten Begriffe

auf den Prüfstand gestellt. Wenn möglich, wurde vereinfacht, gekürzt oder gestrichen. Mit dem in allen Medien mitgeführten Hinweis „Ein Unternehmen des LWV Hessen“ wird die Verbundenheit mit dem Alleingesellschafter verständlich vermittelt. Seit Juni sind alle Einrichtungen offiziell in Vitos umbenannt und folgen jetzt einer einheitlichen Namenssystematik. ● Martina Garg



UMBENANNT: Die Tagesförderstätte der Vitos begleitenden psychiatrischen Dienste Rheingau.

KASSEL. Jasmin ist eine von 147 Jugendlichen, die im ersten Jahr das Angebot der Drogenentzugsstation der Vitos Klinik Bad Wilhelmshöhe in Anspruch genommen haben. Mit Erfolg. Ihr geht es heute so gut, dass sie offen über ihre Erfahrungen mit Alkohol und Therapie in der Klinik erzählt.

„Ich hatte nicht den Mut aufzuhören“

Ihre Lieblingsfarben sind Pink und Lila, mit ihrer Lieblingsfreundin kann sie stundenlang über alles reden, ihren Traumberuf hat sie sich vor kurzem ausgesucht: Jasmin möchte Industriemechanikerin werden. Dafür will sich die Realschülerin im kommenden Schuljahr ins Zeug legen. So zielstrebig wie im Moment war sie nicht immer. Viermal war sie mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus, mehrfach ist sie abgehauen von zu Hause, schließlich kam sie für vier Monate auf die Drogenentzugsstation für Kinder und Jugendliche der Vitos Klinik Bad Wilhelmshöhe in Wabern. Ganz schön viel für eine 16-Jährige. Jetzt ist Jasmin wieder zu Hause bei ihrer Familie. Gerade ist ihr sechs Monate alter Bruder aufgewacht. Ein Lächeln geht über ihr sonst so ernstes Gesicht. Der kleine Mann strahlt zurück. „Die Beziehung zwischen den beiden ist etwas Besonderes“, sagt die Mutter. Füttern, Windeln wechseln, spielen: Abwechslung in Jasmins Leben, in dem sich gerade in den Sommerferien Langeweile breit macht. Wahrscheinlich trifft sie sich nachher noch mit ihrer besten Freundin. Mit ihr geht sie in eine Klasse, und mit ihr hat sie schon einiges erlebt. Die Freundin war dabei, als Jasmin in den vergangenen zwei Jahren in einen Kreis junger Leute zwischen 17 und 20 geriet.

MIT MEHR ALS EINEM PROMILLE ALKOHOL IN DIE KLINIK

Es war Sonntag. Es war langweilig. Die Gruppe, zu der auch ihr damaliger Freund gehörte, begann im Freien zu trinken. „Sekt, Bier, Sangria, alles, was nicht schmeckt“, erinnert sich Jasmin. „Ich fand’s nicht toll, aber ich hatte auch nicht den Mut aufzuhören.“ Sie landet mit etwas mehr als einem Promille in der Klinik. Rückblickend sind ihr die Ursachen klar.

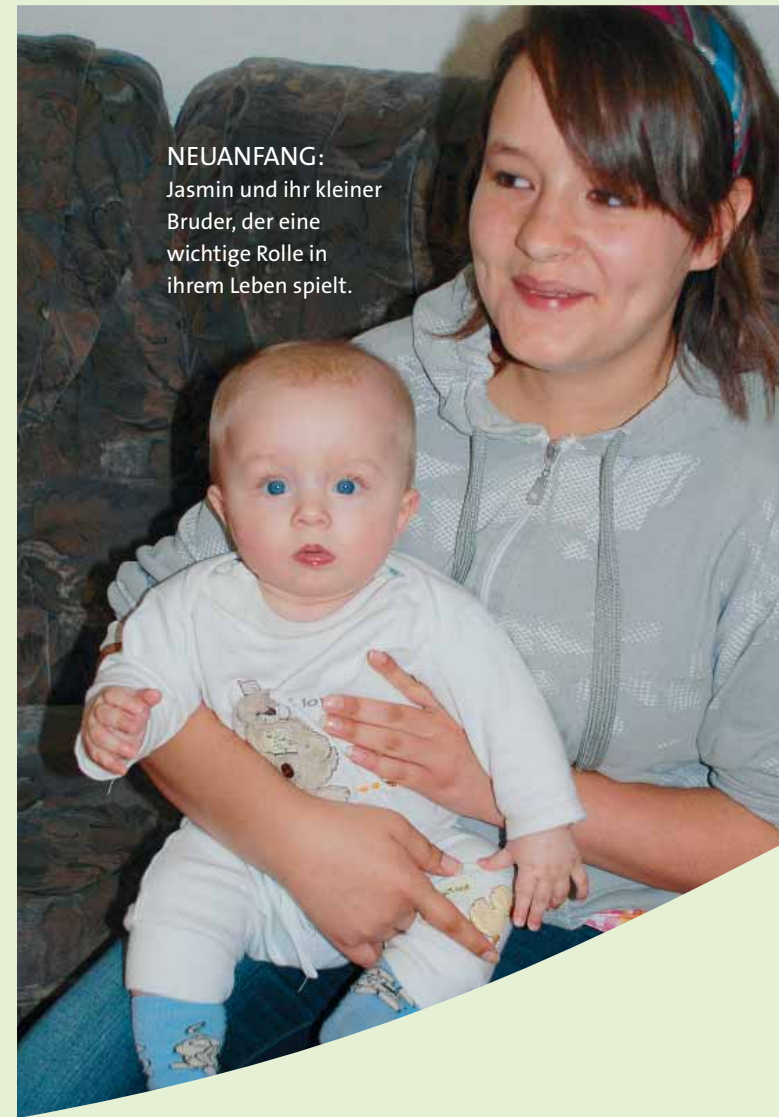
Zu Hause streitet sie sich ständig mit ihrer Mutter und deren Lebensgefährten, manchmal fliegen die Fetzen. Einmal übernachtet sie bei einem Bekannten, bleibt einfach weg, obwohl sie der Mutter am Telefon gesagt hat, sie käme zurück. Schlechtes Gewissen? „Nein, mir ging’s gut, weil ich wusste, wer mich zu Hause außer meiner Mama erwartet.“ Der Lebensgefährte und Jasmin, das funktioniert überhaupt nicht.

Es klappt aber auch nicht mit der Mitarbeiterin des Jugendamtes, die die Mutter inzwischen eingeschaltet hat. Jasmin kommt in ein Jugendhaus in Obhut, dann in eine Wohngruppe für Mädchen. Es gelten Regeln, sie umgeht sie, und landet mal wieder bei ihren alkoholtrinkenden Freunden. Diesmal gibt’s Wodka mit Orangensaft. 2,8 Promille werden nach ihrer Einlieferung mit Alkoholvergiftung in der Klinik festgestellt. Bei der Entlassung am nächsten Morgen lautet die Prognose: „Wahrscheinlich passiert das nicht wieder, spätestens nach dem zweiten Mal reicht es den meisten.“ Ihre Mutter ist erleichtert.

Jasmin kehrt in die Mädchengruppe zurück, doch im April 2008 haut sie ab, wohnt „mal hier, mal da – überall eben.“ Schließlich zieht sie wieder zu Hause ein. Zwei Wochen lang geht es gut mit ihr, der Mutter, deren Partner, der Schwester (damals 14) und dem Bruder (damals 5). Dann gibt es wieder Streit, Jasmin verfährt nach dem gewohnten Muster: „Ich ging zu meinen Freunden, trank Alkohol.“

Nach weiteren zwei Mal Vollrausch und Krankenhaus, zuletzt mit drei Promille, lässt die Mutter sie in die Vitos Klinik Bad Wilhelmshöhe einweisen. Zwei Tage später, kurz vor ihrem 16. Geburtstag, kommt Jasmin in die angeschlossene Drogenentzugsstation für Jugendliche in Wabern. Vier Monate bleibt sie dort. „Am Anfang war es furcht-

Foto: Irene Graefe



NEUANFANG:
Jasmin und ihr kleiner Bruder, der eine wichtige Rolle in ihrem Leben spielt.

bar. Mir war alles egal“, beschreibt sie ihren Start. „Doch dann hab’ ich gemerkt, ich hab’ was davon: Ich komme mit meiner Mama wieder klar.“

KONFLIKTE ERTRÄNKT JASMIN NICHT MEHR IM ALKOHOL

Konflikte ertränkt sie nicht mehr im Alkohol, sondern indem sie erst mal aus dem Zimmer geht, um zur Ruhe zu kommen. Jasmin schreibt ihrer Mutter einen Brief, dass ihr das Geschehene leid tut, dass es gut war, sie in den Entzug zu schicken, dass sie ihrer Mama einfach dankbar ist. Wenn sie davon erzählt, kommen der Mutter jetzt noch fast die Tränen. „Ich hab’ geweint und mich gefreut. Den Brief werde ich immer aufheben.“ Als Jasmin im Februar 2009 nach Hause zurückkehrt, ist der Lebensgefährte der Mutter ausgezogen und ihr jüngster Bruder geboren. Der Kleine patscht auf dem Tisch herum, lässt den Schnuller fallen. Jasmin bleibt geduldig. Ihr Lächeln gräbt kleine Grübchen in ihr Gesicht. Beim Blick in die Zukunft schauen die dunklen Augen irgendwo ins Wohnzimmer, die Hände spielen mit dem Bündel ihres Kapuzenpullis. Sie will nächstes Schuljahr den Realschulabschluss schaffen und dann Industriemechanikerin werden.

• Irene Graefe

EINZIGARTIGES ANGEBOT IN HESSEN DROGENENTZUG MIT 16

Vor einem Jahr wurde in Wabern das erste Behandlungsangebot für den qualifizierten Entzug suchtgefährdeter und abhängiger Kinder und Jugendlicher in Hessen eröffnet. Die jetzt vorgelegte Einjahresbilanz der Vitos Klinik Bad Wilhelmshöhe zeigt: Die Klinik zielt auf ein ernst zu nehmendes Problem. 147 Jugendliche (108 Jungen und 39 Mädchen) kamen zur Behandlung in die Klinik, die meisten von ihnen (76 Prozent) aus Nordhessen, eine kleinere Gruppe aus anderen hessischen Regionen und benachbarten Bundesländern. Ihr Durchschnittsalter: knapp 16 Jahre. 90 Prozent der Patienten tranken regelmäßig Alkohol, 70 Prozent nahmen Cannabis, und fast alle (97 Prozent) waren starke Raucher. Der Konsum von Amphetaminen wie Ecstasy lag bei 22 Prozent. Nur vereinzelt waren sie von harten Drogen wie Heroin abhängig. Die meisten der behandelten Jugendlichen sind ganz erheblich in ihrer sozialen Entwicklung beeinträchtigt. Etwa 35 Prozent sind bereits mit dem Gesetz in Konflikt gekommen. Die meisten Patienten leiden unter Persönlichkeitsstörungen, Depressionen, Ängsten oder haben ein gestörtes Sozialverhalten. Kein einziger der 147 Jugendlichen hatte ein reines Suchtproblem, sondern mindestens eine weitere psychische Störung.

BEWÄHRTES THERAPEUTISCHES KONZEPT

„Nicht nur die Einschätzung des Bedarfs hat sich bewährt, auch unser therapeutisches Konzept hat sich bewährt“, resümiert der Ärztliche Direktor der Klinik, Dr. Günter Paul. Viele Jugendliche, die zunächst wenig Bereitschaft zeigten, sich auf eine Arbeit an ihrer Suchtproblematik einzulassen, hätten sich für den Ausstieg aus der Sucht motivieren lassen. „Neben der körperlichen Entgiftung und der Behandlung von ursächlichen oder begleitenden psychiatrischen Störungen und körperlichen Erkrankungen motivieren wir die jungen Patienten zum Drogenverzicht und unterstützen sie bei ihrer schulischen, beruflichen und sozialen Weiterentwicklung“, erläutert Paul. Die stationäre Behandlung werde durch Sport- und Bewegungstherapie, Arbeitstherapie und Schulunterricht begleitet. Zur Weiterbetreuung arbeitet das multiprofessionelle Behandlungsteam eng mit Einrichtungen der Drogen- und Jugendhilfe zusammen.

Die Drogenentzugsstation in Wabern verfügt über zehn Betten und eine angeschlossene Ambulanz. Behandelt werden Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, deren Leben sich zunehmend um ihre Sucht dreht, bei denen psychische Erkrankungen wie z. B. Aufmerksamkeitsdefizit-Störungen und Depressionen sowie körperliche Folgeschäden vorliegen. Die stationäre Behandlung dauert vier bis sechs Wochen.

• jda



WENN DAS EINSTIEGSALTER SINKT, WÄCHST DAS RISIKO EINER SUCHTKARRIERE

Interview mit Dr. Günter Paul, Ärztlicher Direktor der Vitos Klinik Bad Wilhelmshöhe

LWV: Komasaufen – was ist das überhaupt?

Dr. Günter Paul: Komasaufen ist eine Art, Alkohol zu konsumieren, die etwa seit dem Jahr 2000 erheblich zunimmt. Jugendliche finden sich in Gruppen zusammen und trinken gemeinsam Alkohol mit dem Ziel: Vollrausch. Wichtig ist vor allem das Gruppenerlebnis beim gemeinsamen Alkoholgenuss.

Nehmen die Fälle von Komasaufen wirklich zu?

Wir wissen, dass von den Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren mehr als die Hälfte mindestens schon einmal einen Vollrausch gehabt hat. Bei den Jüngeren ab zwölf Jahren sind es etwa zehn Prozent. Wir beobachten eine Verschiebung in den Konsummustern und eine Verschiebung zu immer Jüngeren. Wenn das Einstiegsalter immer niedriger wird, wächst das Risiko einer Suchtkarriere. Doch man muss immer vorsichtig sein, etwas zu dramatisieren. Die Zahl der Jugendlichen, die vorübergehend Drogen konsumieren, ist zwar ziemlich hoch. Häufig bleibt es ein vorübergehendes Phänomen. Bei etwa zehn Prozent entwickelt sich ein Suchtproblem.

Können Sie die Zahlen auch durch eigene Beobachtungen bestätigen?

In jedem Fall hat die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die mit Alkoholvergiftung in den umliegenden Krankenhäusern auf den Intensivstationen aufgenommen wurden, zugenommen. Da wäre es sehr wichtig, dass gleichzeitig zur akutmedizinischen Behandlung zum Beispiel auch zu uns eine Verbindung geknüpft wird. Das ist leider noch nicht so. Wir versuchen, unsere Kollegen in den Krankenhäusern in unserem Versorgungsgebiet immer

wieder darauf hinzuweisen, dass so eine Kontaktaufnahme geschehen möge. Wir sind immer ansprechbar: In der Ambulanz der Entzugsstation für Kinder und Jugendliche in Wabern und in unserem breiten Netz von Außenambulanzen.

Wie finden die Betroffenen zu Ihnen?

Jugendliche kommen in den seltensten Fällen aus Eigeninitiative. In der Regel sind es die Eltern, die ihre Tochter oder ihren Sohn veranlassen mitzukommen.

Was unterscheidet denjenigen Jugendlichen, der ein-, zweimal die Erfahrung des Komasaufens macht, von demjenigen, der in die Sucht abrutscht?

Es hängt viel von der augenblicklichen psychischen Verfassung und der Lebenssituation ab: Es ist ein Unterschied, ob die Familie stabil ist oder ob die familiäre Situation schwierig ist und es dort keine Orientierung, Schutz und Kontrolle gibt.

Was können Eltern vorbeugend tun?

Sie sollten für ihr Kind ein Ansprechpartner sein, dem es auch solche Sachen erzählt, ohne dass es deshalb Probleme gibt. Aktives Kümern ist ganz wichtig: Dazu gehört, dass ich bei einem 14-jährigen Jungen oder Mädchen im Wesentlichen weiß, was er oder sie zu den verschiedenen Tageszeiten macht.

Es verlangt von den Eltern einen ziemlichen Balance-Akt, wie sie mit ihrem Kind über so einen Vorfall sprechen sollen.

Ja, beim ersten Mal wäre es sicherlich falsch, mit heftiger Strafreaktion zu kommen. Man sollte einfach erst mal das Gespräch darüber suchen und herausfinden, ob es wirklich das erste Mal war oder ob das Kind schon häufiger getrunken hat.

Natürlich sollte man auch über die Gefahren und Probleme sprechen und sehr deutlich darauf hinwirken, dass sich das nicht wiederholt.

Welche Rolle spielt die Industrie mit der Entwicklung spezieller Getränke?

Sie spielt eine sehr große Rolle. Zum einen suggeriert die Werbung, jung zu sein, dynamisch zu sein. Die Drinks werden als jugendtypische Getränke dargestellt. Zum anderen kommen Jugendliche sehr schnell an für sie attraktive Alkoholgetränke. Wichtig wäre die Einhaltung des Jugendschutzes.

Es ist ein neues Phänomen, dass die Zahl der Mädchen, die mit Vollrausch in Kliniken eingeliefert werden, deutlich steigt. Warum betrinken sie sich?

Mädchen tun das, um sich in der sozialen Gruppe anzupassen. Der Freund ist in der Gruppe und dann machen sie halt mit. Zum anderen wollen Mädchen in dieser emotional unstillen Entwicklungsphase unangenehme Gefühle wegdrücken. Bei Jungen dominiert die Risikobereitschaft: Es geht darum, sich selbst und vor den anderen zu beweisen.

Reagieren Mädchen auf Alkoholkonsum biologisch anders?

Mädchen erreichen das Stadium des Vollrausches schneller mit wesentlich geringeren Alkoholmengen. Insgesamt ist aber bei Mädchen und Jungen das Alter entscheidend: Je jünger der Organismus ist, umso empfindlicher und rascher reagiert er auf Alkohol. Alkohol wirkt vor allem auf unser Nervensystem. Bei Kindern und Jugendlichen wird die Reifung des Gehirns und damit die intellektuelle Entwicklung beeinträchtigt.

Das Interview führte Irene Graefe

Fotos: privat, Vitos Kurhessen, Vitos Hadamar

Spezielle Behandlungsangebote in Herborn und Bad Emstal Hilfe bei Borderline-Syndrom

Unter den psychischen Erkrankungen, die stationär behandelt werden, nehmen Persönlichkeitsstörungen eine immer größere Rolle ein, sagt Dr. Joachim Becker, Ärztlicher Direktor der Vitos Klinik in Herborn. Eine besonders schwere Form sei das Borderline-Syndrom. Betroffene praktizierten selbstzerstörerische Verhaltensweisen, bei jüngeren Patienten werden häufig Essstörungen festgestellt. Oftmals folgten Suizidversuche und Suizide. In der Herborner Vitos Klinik werden Borderline-Erkrankungen bereits seit 2002 in einer eigenen Station behandelt, Vitos Kurhessen hat in Bad Emstal vor kurzem für Nordhessen eine Spezialstation zur stationären Behandlung eröffnet.

Borderline-Patienten leiden an einer Störung der Regulation von Emotionen. Die Kliniken in Herborn und Bad Emstal setzen die „dialektisch-behaviorale Therapie (DBT)“ ein. Die Behandlungsmethode ermöglicht es, die Mechanismen der eigentlichen Krankheit störungsspezifisch zu kurieren, erläutert Dr. Michael Franz, Ärztlicher Direktor der Vitos Klinik Merxhausen. Die emotionalen Regulationsstörungen, die immer wieder zu Krisen führen, könnten mit DBT effektiv behandelt werden. Die betroffenen Patienten benötigten, ergänzt Becker, eine intensive, gut koordinierte Phase der Behandlung. Mit Hilfe der DBT erfahren die Patienten auch über längere Zeit eine deutliche Besserung und können ein „normales Leben“ führen.



TEAMGEIST: Mitarbeiterinnen der Borderline-Station in Bad Emstal mit dem Ärztlichen Direktor der Klinik, Dr. Michael Franz (v. l.): Dr. Martine Micol-Grösch, Oberärztin, Krankenschwester Patricia Grünheid und Stationsärztin Dr. Andrea Mohr.

In Bad Emstal verfügt die neue Spezialstation über acht Betten und hat Wohngruppencharakter. Sie ist eingebettet in eine akutpsychiatrische Station, in der die Patienten im Fall extremer Spannungszustände sofortige Krisenintervention erhalten. Die Station in Herborn verfügt über 20 Plätze zur stationären und ambulanten Behandlung. jda

BUNDESWEIT EINMALIG

FRAUENSTATION IN DER FORENSISCHEN PSYCHIATRIE



BESUCH IN HADAMAR: Sabine Bätzing, Drogenbeauftragte der Bundesregierung (Mitte), mit Dr. Margarethe Philipp, Leitende Abteilungsärztin, und Ralf Wolf, Ärztlicher Direktor der Vitos Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar.

Für die Arbeit der Hadamarer Klinik für forensische Psychiatrie, insbesondere für die bundesweit einmalige Frauenstation, gab es ein kräftiges Lob aus berufenem Munde: Im Juli war die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, in der Vitos Klinik zu Gast, um sich vor Ort ein Bild zu machen. Ihr Urteil: Vitos Hadamar leistete Top-Arbeit, die Klinik habe mit dem neuen Therapiekonzept Mut bewiesen und erziele gute Ergebnisse.

Seit Oktober 2002 gibt es an der Vitos Klinik in Hadamar eine Station, auf der ausschließlich Frauen behandelt werden, schilderte Dr. Margarethe Philipp, leitende Abteilungsärztin. Sie erläuterte, dass Sozialisation, Erkrankungsspektrum und Schädigungsmuster von Frauen und Männern in der forensischen Psychiatrie stark voneinander abwichen. Dies mache eine geschlechterdifferenzierte Behandlung erforderlich. Rückfall in Sucht und Delinquenz konnten so in erheblichem Maße gesenkt werden.

Für Vitos-Geschäftsführer Reinhard Belling ist die Frauenstation ein gelungenes Beispiel für Innovation. Der Erfolg der Station bescheinige den Mitarbeitern vorbildliche Arbeitsqualität und Transparenz. In der Fachwelt wächst das Interesse am Hadamarer Konzept: Dr. Philipp berichtete als Fachreferentin bei der diesjährigen Weltforensik-Konferenz in Edinburgh und wird im Herbst auf dem Europäischen Suchtkongress in Ljubljana vertreten sein. jda



GEMEINSAMES AKTENSTUDIUM: (v. l.) Annette Momberg, Verlobte; Bernd Tonigold, Betreuer Baunataler Diakonie; Josef Tadeusz Rippka; Christiane Müller, LWV Hessen.

KASSEL. Er bringt die beiden Menschen mit, die ihm am vertrautesten sind: Annette Momberg, seine Verlobte, mit der er zusammen lebt. Und Bernd Tonigold, seinen Betreuer von der Baunataler Diakonie. Nur daran lässt sich ablesen, wie wichtig diese Verabredung für Josef Tadeusz Rippka ist. Er wirkt äußerlich ruhig. Unaufgeregt. Zumindest anfangs.

Christiane Müller und die Spurensuche von Herrn Rippka

Josef Tadeusz Rippka ist 58 Jahre alt und weiß so gut wie gar nichts über seine frühe Kindheit. Deshalb will er seine Akten durchsehen. Seit vier Jahren sucht er nach jedem Zipfelchen Information, das er kriegen kann. Und weil er inzwischen in Hofgeismar im Betreuten Wohnen lebt, werden seine Unterlagen beim Landeswohlfahrtsverband in Kassel im Archiv aufbewahrt. Komplet. Auch die aus den frühen Jahren: Einen großen Teil seiner Kindheit hat Josef Tadeusz Rippka in einem Heim der Nieder-Ramstädter Diakonie verbracht. Christiane Müller hat die Akten mitgebracht. Auch für die stellvertretende Regionalmanagerin im LWV-Fachbereich für Menschen mit geistiger Behinderung ist es ein ungewöhnlicher Termin. Von Herrn Rippkas

Forscherdrang hat sie bereits gehört. „Ich finde das toll, dass Sie Ihr Ziel so beharrlich verfolgen“, lobt sie ihn bei der Begrüßung. „Sie sind ja schon eine ganze Weile dabei.“ Herr Rippka nickt. Und erzählt schüchtern von den Erfolgen. Zwei Brüder hat er gefunden, von dessen Existenz er lange Zeit nichts ahnte. Frank Jimmy Rippka und Rudi Seibert. Ein weiterer Bruder starb früh, wie er inzwischen weiß. „Ich habe Frank und Rudi schon ein paar Mal getroffen“, berichtet er. „Ich war mit ihnen auch auf dem Friedhof, am Grab unserer Mutter.“ Die Geschichte seiner Forschungstätigkeit ist eine Geschichte der glücklichen und unglücklichen Zufälle. Die größte Überraschung: Als er im Rathaus

seines Geburtsorts Groß-Zimmern nachfragt, erfährt er, dass es zwei Brüder gibt. Und als er sie schließlich findet, nehmen ihn beide nach anfänglichem Zögern mit offenen Armen auf. Obwohl sie ihn zuvor nicht kannten. Sondern nur ahnten, dass es ihn gibt. „Frank Jimmy“, sagt Herr Rippka, „hat mal ein Gespräch unserer Mutter mit ihrem späteren Ehemann belauscht. Da haben sie über mich gesprochen.“ Doch wenn Frank Jimmy nachfragte, bekam er Schelte statt einer Antwort.

MIT WENIGER ALS EINEM JAHR INS HEIM

Das ist die traurige Seite von Josef Tadeusz Rippkas Entdeckungsreise: Seine Mutter hat ihn offenbar verleugnet. Keinen Kontakt zu ihm haben wollen. Das belegt auch die Akte, die Christiane Müller ihm an diesem Nachmittag zeigt. Und als er endlich (über die Brüder) erfährt, dass sie nach Amerika, nach Kalifornien, ausgewandert ist, ist es zu spät, Kontakt zu ihr aufzunehmen: Irmgard Emmi Rippka ist ein halbes Jahr zuvor gestorben. Doch selbst diesmal gibt es für ihn einen kleinen Trost: Seine Mutter hat noch zu Lebzeiten dafür gesorgt, dass sie in Groß-Zimmern beerdigt wird. Der Sohn kann mit den neu gewonnenen Brüdern zumindest das Grab besuchen.

Die Akten geben wenig Aufschluss darüber, wer oder wie seine Mutter war. Christiane Müller hat versucht, weitere Unterlagen zu bekommen. Aus der Zeit von 1952 bis 1954. Doch beim Landkreis Darmstadt-Dieburg erfährt sie, dass diese Akten vernichtet sind.

Bleibt das, was den Weg ins LWV-Archiv gefunden hat. Christiane Müller liest Herrn Rippka daraus vor. Sie hat alles Wichtige vorsorglich markiert: Sämtliche Blätter, die Hinweise auf die Eltern geben. Es sind nicht viele. Josef Tadeusz ist mit weniger als einem Jahr ins Heim gekommen. Mit drei Jahren wird er in die Nieder-Ramstädter Diakonie gebracht. Als er ungefähr acht Jahre alt ist, attestiert ihm ein Amtsarzt eine leichte geistige Behinderung. Josef

Tadeusz bleibt im Heim, auch, nachdem er erwachsen geworden ist.

Die Akte enthält Berichte von Zahnarztbesuchen. Von Ausflügen zu einem Ehepaar, mit dem sich Josef Tadeusz angefreundet hatte: Der Mann arbeitete im Heim und hatte den Jungen offenbar ins Herz geschlossen. Und dann enthält die Akte mehrmals einen Vermerk der Heimleitung, dass die Mutter unauffindbar ist, nichts zur Erziehung ihres Sohnes, zu den Unterhaltskosten beitragen kann.

Doch dann geben die vergilbten Seiten doch noch eine kleine Sensation preis: Den Namen des Vaters. Offenbar hatte die Mutter ihn der Heimleitung ganz zu Anfang einmal genannt. Tadeusz lautet der Vorname. Irmgard Emmi Rippka hat ihn an den uneheleichen Sohn weitergegeben. Mit dem Vater aber ist sie offensichtlich nicht zusammen geblieben. Sie hat erst später geheiratet, zunächst Herrn Seibert, danach einen Herrn Smith.

SEIN LEBEN IN DIE EIGENEN HÄNDE GENOMMEN

Josef Tadeusz Rippka wirkt ein wenig geschafft nach dem Aktenstudium und den neuen Erkenntnissen. Aufgewühlt. Doch er ist entschlossen, soviel wie möglich zu erfahren. Christiane Müller hatte ihn vorsorglich gefragt, ob er die Akte auch dann sehen wolle, wenn sie unangenehme Neuigkeiten enthalte. „Ja“, hatte er zu seinem Betreuer gesagt. Und keinen Zweifel daran gelassen, dass es ihm Ernst ist. Dass Josef Tadeusz Rippka seit seinem 54. Lebensjahr seine eigene Geschichte erforscht, ist auch in den Unterlagen vermerkt. Er hat es selbst als Ziel formuliert. Und einige Etappen sind dokumentiert. Christiane Müller zeigt es ihm. Die Suche nach den Wurzeln ist ein Indiz dafür, dass Herr Rippka sein Leben in die eigenen Hände genommen hat. Nach so vielen Jahren Heimaufenthalt keineswegs selbstverständlich. Über dem Sofa hat er Fotos von seiner Mutter aufgehängt. Kleine Trophäen seiner Forschungsarbeit. • ebo

**40 JAHRE HEIMKAMPAGNE –
WAS HABEN WIR DARAUS GELERNT?**

Der LWV und die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen e. V. laden für den 10. November 2009 ab 10.30 Uhr zu einem Expertengespräch in den Kalmenhof nach Idstein ein. Anlass ist die vor 40 Jahren begonnene Heimreform. Die Kritik an der Fürsorgeerziehung und die folgende Heimreform waren wichtige Ansatzpunkte für den gesellschaftlichen Umbruch jener Zeit. Die Tagung will versuchen, die Geschichte nachzuzeichnen und Auswirkungen auf die Ausbildung sozialer Fachkräfte, auf die soziale Arbeit und auf die Gesellschaft insgesamt zu diskutieren.

● jda

Weitere Informationen unter www.lwv-hessen.de
> [Kalender](#)

**AUSNAHMEZUSTAND –
VERRÜCKT NACH LEBEN**

Das bundesweite Filmfestival macht nun auch in Marburg Station. Vom 26. Oktober bis zum 1. November zeigt das Filmkunsttheater am Steinweg nationale und internationale Dokumentar-, Spiel- und Kurzfilme, die sich insbesondere an ein junges Publikum richten. Alle Filme rücken das Thema psychische Erkrankung in den Mittelpunkt und zeigen, wie Betroffene, ihre Umwelt und die Gesellschaft damit umgehen. Sie machen den „alltäglichen Wahnsinn“ jugendlicher Lebenswelten sichtbar, zeigen aber auch das, was Jugendliche stark macht: Freundschaft, Perspektive, Respekt.

● jda

Weitere Informationen unter www.ausnahmezustand-filmfest.de

**ELTERNCHAFT GEISTIG
BEHINDERTER MENSCHEN**

Eine „37° Grad“-Sendung im ZDF brachte das Thema der Elternschaft geistig behinderter Menschen im August einer breiten Öffentlichkeit nahe. Die „Deutsche Gesellschaft für seelische Gesundheit bei Menschen mit geistiger Behinderung“ (DGSGB) veranstaltet am 4. Dezember 2009 in Kassel eine Fachtagung dazu. Der Titel: „Kinderwunsch und Elternschaft bei Menschen mit geistiger Behinderung“. Im Haus der Kulturinitiative in der Wilhelmshöher Allee 261 sollen in Vorträgen neben der Sicht der Eltern auch rechtliche und ethische Aspekte behandelt werden. Die Tagung ist als zertifizierte Fortbildung bei der Landespsychotherapeuten-Kammer und der Landesärztekammer Hessen beantragt.

● rvk

Nähere Informationen unter www.dgsgb.de
Anmeldungen unter dgsbg.wischke@web.de

**FRATERNITAS SIGNORUM –
BRUDERSCHAFT DER ZEICHEN**

Nach seiner Premiere in Bad Camberg wird der Film über Leben und Wirken des Schulgründers und Namensgebers Hugo Freiherr von Schütz auch in Kassel gezeigt. Das Bali-Kino im Kulturbahnhof bringt die spannende Filmproduktion der Schule am 27. Oktober 2009, am Vorabend der nächsten LWV-Verbandsversammlung, um 18 Uhr auf die Leinwand. Karten gibt es an der Kino-Kasse. Für LWV-Abgeordnete und Beigeordnete ist der Eintritt frei. Sie sollten sich bei der Pressestelle anmelden: 0561 1004 - 2536.

● jda

Weitere Informationen zum Film unter www.freiherr-von-schuetz-schule.de/film



**„IHR TOD REISST NICHT
DIE GERINGSTE LÜCKE ...“**

lautet der Titel einer Ausstellung zum Thema NS-„Euthanasie“ in Waldeck-Frankenberg, die noch bis zum April 2010 im Wolfgang-Bonhage-Museum Korbach zu sehen ist.

Am 1. September jährte sich Hitlers so genannter „Euthanasie“-Erlass zum siebzigsten Mal. Dieser Erlass legitimierte die Tötung kranker und behinderter Menschen. Mehr als 200.000 wurden in Gaskammern, durch Medikamente oder gezielte Unterernährung getötet. Darüber hinaus wurden rund 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Davon waren auch Menschen betroffen, die in der Region Waldeck-Frankenberg gelebt haben und betreut wurden.

Die Ausstellung wurde auf Initiative des Lebenshilfe-Werkes Kreis Waldeck-Frankenberg e. V. in Zusammenarbeit mit dem Wolfgang-Bonhage-Museum Korbach erarbeitet. Zur Ausstellungsprojektgruppe gehörten auch die Leiterin des LWV-Archivs, Prof. Dr. Christina Vanja, und der Leiter der LWV-Gedenkstätte Hadamar, Dr. Georg Lilienthal. Die Ausstellung informiert laut Prospekt „über die Vorgeschichte der ‚Euthanasie‘ bis 1933, die Phase der rassenhygienischen Propaganda und Zwangssterilisation bis zur Bürokratie und Maschinerie des Mordens“. Sie bemühe sich, so heißt es weiter, der Opfer aus der Region Waldeck-Frankenberg zu gedenken, an sie als Menschen zu erinnern und ihnen damit ihre Würde zurückzugeben. Zusätzlich zur Ausstellung gibt es ein Vortragsprogramm.

● rvk

Nähere Informationen zur Ausstellung, den Öffnungszeiten, Führungen und Eintrittspreisen unter www.museum-korbach.de

Foto: Freiherr-von-Schuetz-Schule

**ABGELEGTE
ABSCHLUSSPRÜFUNGEN**

Vorbereitungslehrgang auf die Fortbildungsprüfung „Verwaltungsfachwirt/in“

Hauptverwaltung Kassel
Marcel Jablonski
Sandra Jaekel

Regionalverwaltung Darmstadt
Silke Göbel

Regionalverwaltung Wiesbaden
Thomas Hofmann

Abschlussprüfung zum Fachinformatiker – Anwendungsentwicklung

Hauptverwaltung Kassel
Fabian Szeltner

Abschlussprüfung zum/zur Fachangestellten für Bürokommunikation

Hauptverwaltung Kassel
Steffen Prauß
Carsten-Jens Reuter
Janina Scholl
Denise Stückerath

Regionalverwaltung Darmstadt
Adnan Hakeem

Abschlussprüfung zum/zur Verwaltungsfachangestellten

Regionalverwaltung Wiesbaden
Laura Pawlowski
Andreas Siefert

**25-JÄHRIGES
DIENSTJUBILÄUM**

Hauptverwaltung Kassel
1. 7.2009
Michaela Bettinghausen
Sozialarbeiterin / Funktionsbereichsleiterin

1. 7.2009
Jochen Schütz
Verwaltungsrat / Leiter des Geschäftsbereichs Personal, Organisation, Recht der Vitos GmbH

Regionalverwaltung Darmstadt
15. 5.2009
Andrea Bauer
Diplom-Sozialpädagogin

1. 7.2009
Margit Delp
Verwaltungsangestellte

1. 7.2009
Hans Kunkel
Stellv. Leiter der Registratur SGB und Hauptfürsorgestelle

**40-JÄHRIGES
DIENSTJUBILÄUM**

Hauptverwaltung Kassel
1. 7.2009
Reiner Eskuche
Amtmann

**NACH MEHR
ALS 10 DIENSTJAHREN
AUSGESCHIEDEN**

Johannes-Vatter-Schule, Friedberg
31. 7.2009
Brigitte Kraft
Angestellte im Erziehungsdienst

31. 7.2009
Christa Manger
Hausgehilfin

Johann-Peter-Schäfer-Schule, Friedberg
31. 7.2009
Sigrid Repp
Erzieherin

Stiftungsforsten Kloster Haina, Haina (Kloster)
31. 7.2009

Helmut Schelberg
Forstwirt

IM RUHESTAND

Hauptverwaltung Kassel
1. 5.2009
Dietram Kreß
Amtsrat

**NEUE NAMEN –
NEUE POSITIONEN**

Hauptverwaltung Kassel
8. 6.2009
Marc Grede
Stellv. Leiter Fachbereich Organisation, Arbeitssicherheit

EHRENPLAKETTE IN BRONZE

28. 7.2009
Hildegard Brabsche
Langjährige Vorsitzende des Vereins Klosterspiele Merxhausen e. V.